

Heimatwelt



Mit Beiträgen von
Gemeinde Weimar
Gemeinearchiv
Geschichtsverein Weimar

Heft Nr. 50/2014

40 Jahre Gemeinde Weimar

Herausgeber
Gemeindevorstand der
Gemeinde Weimar (Lahn)

Inhalt

Rückblick auf die Gebietsreform 1974 von Karl Krantz	3
Erinnerungen und Erlebnisse als Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung von Hans Schneider	6
Zeitzeugen erinnern sich an die Gebietsreform – Befragungen durch Hans Schneider	
Erinnerungen von Johannes Grün, Roth	15
Erinnerungen von Adam Barth, Oberweimar	15
Erinnerungen von Gerhard Happel, Wolfshausen	15
Erinnerungen von Heinrich Laucht, Allna	16
Erinnerungen von Ludwig Agel, Weiershausen	16
Erinnerungen von Werner Grosch, Nesselbrunn	16
Erinnerungen von Heinrich Schmidt, Wenkbach	17
Erinnerungen von Konrad Gilbert, Niederweimar	17
Erinnerungen von Wilhelm Muth, Niederweimar	17
Erinnerungen von Wilhelm Zimmermann, Niederwalgern	18
Erinnerungen von Ludwig Herrmann, Nesselbrunn	18
Die letzte „Eingemeindung“ – ein kurioser Epilog zur Gebietsreform von Siegfried Becker	19
Gemeindeparterschaft und Verwaltungsneuordnung nach 1989	
Erinnerungen an Wutha-Farnroda von Hans Schneider	24
Bücherschau	
Johannes Koenig: Die Entstehung der Gemeinde Weimar (1971-1974)	5
Johannes Koenig: Verwaltungsreform in Hessen (1945-1981)	14
Bücher zur Gebietsreform	23

Rückblick auf die Gebietsreform 1974

von Karl Krantz

Vor 40 Jahren machten sich die hessischen Landespolitiker Gedanken über eine Neugliederung der kommunalen Ebene, und man hatte den Eindruck, dass die Betroffenen, nämlich die Städte und die Gemeinden sowie auch einige Landkreise, davon relativ geringe Notiz nahmen. Bis auf einige Wenige, die den Zug der Zeit frühzeitig bestiegen, weil sie sich aufgrund ihrer besonderen Situation Vorteile erhofften, blieb es, zumindest bei den kleineren Kommunen, relativ ruhig nach dem Motto, es wird schon nicht allzu viel passieren, denn erfahrungsgemäß sind Verwaltungs-, Struktur- und andere Reformen bei uns meistens so unscheinbar, dass sie kaum die Amtsstuben erschüttern, aus denen sie kommen, geschweige denn die Bevölkerung.

In diesem Falle war das aber ganz anders. Plötzlich merkte man, dass z.B. die Gemeinde Wohratal, die heute noch die kleinste in unserem Landkreis ist, diesen Schritt getan hatte, und man konnte kurz darauf in der Zeitung nachlesen, dass sie dafür mit finanziellen Mitteln belohnt wurde. Nun ging das Werben auch in unserem Landkreis los. Ich, auf eigenen Wunsch in 1969 aus der Wärme der landrätlichen Verwaltung ausgeschieden und als bundesweit jüngster hauptamtlicher Bürgermeister in Niederweimar tätig, hatte keine Schonfrist, denn nun fing es auch im Südkreis zu brodeln an, was mich allerdings nicht erschreckte, denn ich hatte ja in meiner Zeit bei der Kommunalaufsicht bereits mit den Vorbereitungen für die Gebietsreform zu tun.

Wer mit wem und wann, und vor allen Dingen wo sollte der Sitz der neuen Gemeinde sein? Das waren die Fragen, die plötzlich öffentlich und auch mit Vehemenz nicht nur in den Fraktionen und den Parlamenten, sondern auch heftig an den Stammtischen und in den Vereinen diskutiert wurden. Eine Großgemeinde unter Einschluss von Fronhausen, Lohra und unserem heutigen Gemeindegebiet war im Gespräch. Es gab Überlegungen, ob Niederwalgern mit seinem Umfeld nicht mit Fronhausen zu einem neuen Gemeinwesen verschmolzen werden sollte, und nachdem diese Möglichkeit eine für andere beängstigende Diskussionsreife annahm, hat man auch in Niederweimar und seiner näheren Umgebung überprüft, ob man nicht dann besser den An-

schluss an die Universitätsstadt Marburg suchen würde. Die Eigenarten, Gebräuche und Strukturen im Südkreis sind zwar ähnlich, aber auf ihre Art doch wieder unterschiedlich. So haben die Fronhäuser bereits wesentlich stärkere Beziehungen in Richtung Gießen, während sich die um Niederweimar gruppierten Ortsteile seit jeher zu Marburg gehörig fühlen, was natürlich historische Gründe hat, denken wir nur an den bekannten Pfaffensteg nach Oberweimar und die erste für Marburg zuständige Kirche in dieser Ortschaft. Niederwalgern befasste sich zwar im Grunde mit dem Gedanken einer Fusion mit Fronhausen, konnte sich dazu aber letztlich doch nicht durchringen, denn es hätte dort sofort die erhoffte Mittelpunktfunktion aufgrund seiner Größe verloren.

Nach Niederweimar gab es auch keinen rechten Bezug, und ein Zusammenschluss mit Lohra war undenkbar, denn dessen Gebietsausdehnung in Richtung Verstal wäre ein unglücklicher und von Niederwalgern aus nicht zu verwaltender Zuschnitt gewesen. Schließlich gab man den Gedanken an eine große Einheitsgemeinde im Südkreis auf und alle Kräfte konzentrierten sich auf die sogenannte Dreierlösung, d. h. Fronhausen, Lohra und Weimar. Wer nun aber glaubt, dass dies ohne Probleme über die Bühne gegangen sei, der irrt sich und kennt nicht die Hartnäckigkeit unserer Lokalpolitiker und Lokalpatrioten.

Wochenlang sind wir damals durch die Gegend gezogen und oftmals kamen wir uns wie Wanderprediger oder Bettelmönche vor. Um eine sichere Ausgangsposition für die Endrunde dieses Kommunalpokers zu haben, war es wichtig, möglichst viele freiwillige Zusammenschlüsse zu Wege zu bringen und damit eine Größe zu schaffen, an der man nicht so leicht vorbeikam. In unserem Falle waren dies die ersten freiwilligen Zusammenschlüsse mit Oberweimar und Allna. Damit entstand in 1971 eine neue Gemeinde im Südkreis, die größer als alle anderen war und die dann natürlich auch ein gewisses Selbstbewusstsein entwickeln konnte.

Zeitgleich tobte auch die Auseinandersetzung zwischen den Gebietskörperschaften Landkreis Marburg und der Stadt Marburg. Spannend war daneben die Frage, was es mit dem Altkreis Biedenkopf geben würde. Auch

in unserem nächsten Umfeld berührte uns das Duell der Stadt und des Kreises, denn wir waren ja unmittelbare Nachbarn, und so verfolgten wir mit Interesse, wie die Stadt Marburg einzelne Landkreisgemeinden abwarb, um sie als Faustpfand in die Diskussion mit einbringen zu können, denn die großen Gemeinden Cappel, Wehrda und vor allen Dingen Marbach, wehrten sich vehement. Sie hatten nicht nur eine respektable Größe, sondern genossen auch die Vorteile des Speckgürtels der Stadt, sie verfügten über ausreichende und im Falle von Marbach sogar überschwängliche Gewerbesteuerereinnahmen.

Die Gemeinde Weimar war inzwischen auf sieben Ortsteile angewachsen, nämlich Niederweimar, Oberweimar, Allna, Argenstein, Roth, Wenkbach und Weiershausen. Dann, im Frühjahr 1974, ging die Entwicklung sehr schnell. Das damalige Kabinett stattete der Stadt Marburg einen Besuch ab, und wie man sich so erzählte, habe der Innenminister von der Aussichtsterrasse des Schlosses herab verkündet, dass umgehend und per Gesetz die drei großen und mit der Stadt Marburg auf vielfältige Weise bereits verbundenen Ortschaften in diese eingegliedert würden.

Das Gesetz folgte dann auf dem Fuße und bevor noch die damaligen Matadoren Dr. Drechsler und Dr. Vilmar ihre Fehde beenden konnten, war die Gebietsreform besiegelte Sache und auch einige Ortschaften des Allnatales fanden sich plötzlich als Universitätsstadtteile wieder. So auch die Gemeinde Hermershausen, die ich bereits seit zwei Jahren mitverwaltete. Auch dies war eine Besonderheit der bevorstehenden Gebietsreform und der sich bereits anbahnenden Auflösungserscheinungen im Landkreis.

Neben meiner Tätigkeit als hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Weimar war ich gleichzeitig ehrenamtlicher Bürgermeister für Hermershausen. Überhaupt war diese Zeit von 1969 bis 1974 auch für mich persönlich eine sehr unruhige, denn ich erhielt nicht weniger als neun Ernennungsurkunden.

Diese plötzlich und in manchen Teilen unerwartete Entscheidung der Landesregierung veränderte natürlich auch unsere Planungen ganz erheblich, denn wir waren bis zum Schluss davon ausgegangen, dass trotz umfangreicher Versprechungen der Stadt Marburg die Gemeinden Haddamshausen und Hermershausen zum Gebiet der Gemeinde Weimar zugeschlagen würden, zu dem sie traditionell enge kirchliche, geschäftliche und verkehrs-

mäßige Beziehungen haben, bis hin zur gemeinsamen Genossenschaft, der ärztlichen Versorgung und dem Kindergartenangebot. Dadurch wäre auch eine vernünftiger Anbindung an den Gemarkungsbezirk von Nesselbrunn entstanden, der heute schlauchartig und etwas isoliert in das Gebiet der Stadt Gladenbach hineinragt. Auch einwohnermäßig wäre eine Entscheidung pro Weimar vorteilhaft gewesen, denn dann hätten wir die magische Grenze von 7.500 längst überschritten, der wir uns jetzt erst langsam nähern.

Nachdem noch eine gewisse Zeit kritisiert, geschimpft und je nach Naturell auch gewettert wurde, fanden sich die nun ihrer Selbstständigkeit beraubten Orte doch relativ schnell unter dem neuen Firmenschild zusammen, und mit Stolz können wir in Weimar behaupten, dass wir die während der freiwilligen Zusammenführungsphase zugesagten Investitionswünsche der ehemals selbstständigen Gemeinden innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren, für die es auch erhöhte Schlüsselzuweisungen gab, erfüllen konnten. Fazit: Diese Gebietsreform war dringend notwendig, denn es war augenfällig, dass sich einige Gemeinden positiv entwickelten, was oftmals nicht unbedingt ihr eigener Verdienst war, sondern letztlich ihre günstige Lage oder das Vorhandensein bestimmter Betriebe, während andere auch in der Zukunft darauf nicht hoffen durften.

Die Gebietsreform stellte aber auf Dauer eine gewaltige finanzielle Verbesserung für das Land Hessen dar, das darf man nicht vergessen, denn sie entlastete den Landeshaushalt nachhaltig. Das heißt, sie war im Ergebnis ein interkommunaler Finanzausgleich, der mit tausenden von Einzelgemeinden nicht machbar gewesen wäre. Im Laufe der Jahre hat man sich zusammengerauft, und ich glaube, dass sich die Leistungen mit den bescheidenen und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weniger werdenden Fördermitteln sehen lassen können.

Ich will an dieser Stelle nicht aufzählen, was sich in den zurückliegenden Jahrzehnten alles getan hat, die meisten unter uns haben es durch eigene Anschauung erlebt oder sogar selbst mit bestimmt. Eine der ganz großen Aufgaben, die man heute mit dicken Unterschriften über der Rubrik Umweltschutz oder Agenda verbuchen würde, war der Bau der Kanalisation und Abwasseranlagen, ohne Wenn und Aber, für zwölf Ortsteile, die Errichtung von Bürgerhäusern in allen unseren Gemeindebezirken und letztlich auch die Ausweisung hunderter von Bauplätzen.

Nun gilt es, das Erreichte zu erhalten, weiter zu entwickeln unter neuen Gesichtspunkten, wie der Anwendung kaufmännischer Prinzipien, die ständig sinkende Steuerkraft der Kommunen zu stützen und den Bürgern das zu bieten, worauf sie einen Anspruch haben. Unter den geänderten wirtschaftlichen und damit auch finanziellen Voraussetzungen ist das ein Kraftakt, den die meisten Gemeinden auf Dauer nicht durchhalten werden, wenn nicht endlich eine gerechtere Steuerverteilung zu Gunsten der Kommunen erfolgt. Ich sehe jetzt schon eine Gefahr für die kommunale Selbständigkeit und eine fortschreitende Abkehr von den Idealen des Freiherrn vom Stein.

Dass sich darüber hinaus sehr vieles grundlegend verändert hat, sei nur am Rande erwähnt. Denken Sie an die zusätzlichen Polizeiaufgaben, die heute von der kommunalen Ebene wahrgenommen werden. Denken Sie an die Aufgaben des Umweltschutzes in allen Bereichen und an die ständige Modernisierung der technischen Anlagen und viele Dinge, für die Kommunen unserer Größe heute zuständig sind und die von den Gemeinden des damaligen Zuschnittes nie hätten geleistet werden können.

Dennoch bleibt anzumerken, dass diese Gebietsreform ein Torso geblieben ist. Die damit unbedingt verbundene Funktionalreform wurde damals nicht mit verabschiedet. Der Schrecken über die gebietliche Neuordnung und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen haben den Verantwortlichen

dermaßen tief in den Knochen gesteckt, dass man dieses für eine neue und moderne Verwaltungsstruktur erforderliche Instrument beiseite gelegt hat und nun versucht jede neu gewählte Landesregierung, partiell auf diesem Feld weiterzukommen – was wir seither immer wieder erlebten, wie z.B. bei der Veränderung des kommunalen Wahlrechtes, bei der Prüfung von Aufgabenverlagerungen und vielen anderen Bereichen, mit Ausnahme des Themas „Stärkung der kommunalen Finanzen“, wie bereits von mir angemerkt.

Fazit: Man kann über die Gebietsreform denken was man will, unter dem Strich war sie nicht nur eine Notwendigkeit, sondern für 90 % der beteiligten Kommunen ein Glücksfall. Der Ortsteil Roth hätte nie ein solches Bürgerhaus erhalten und viele andere hätten ihren finanziellen Verpflichtungen und der Daseinsvorsorge nicht mehr nachkommen können, was bereits in 1974 bei einigen der Fall war. Wenn es die Gebietsreform damals nicht gegeben hätte, mit all ihren Unzulänglichkeiten, aber auch ihren Chancen, hätte man sie wenig später unter dem Druck der Ereignisse vollziehen müssen, und ob dabei etwas Besseres heraus gekommen wäre, sei dahingestellt.

Anmerkung: Der Beitrag basiert auf der Ansprache, die Karl Krantz als Bürgermeister am 26. November 1999 zur Jubiläumsfeier „25 Jahre Gebietsreform“ im Amtsgebäude Weimar hielt; er wird hier mit frdl. Genehmigung des Autors veröffentlicht.

Bücherschau

Johannes Koenig: *Die Entstehung der Gemeinde Weimar (1971-1974)*. (Historische Schriften der Gemeinde Weimar 3) Weimar (Lahn) 2014, 160 Seiten

Angeregt vom Geschichtsverein Weimar, entstand 2009 ein Projekt zur Aufarbeitung der Gebietsreform in den Dörfern der heutigen Gemeinde Weimar, das bald durch Zuschüsse aus dem Förderprogramm im Rahmen des Entwicklungsplans für den ländlichen Raum des Landes Hessen (EPLR) konkretisiert werden konnte. Die Gemeinde hatte das Glück, einen ausgewiesenen Experten gewinnen zu können: Dr. Johannes Koenig, der sich in die Überlieferung der Archivquellen auf landespolitischer Ebene bereits intensiv eingearbeitet hatte. Für die Sichtung der Archivquellen im Gemeindearchiv Weimar, im Hessischen Staatsarchiv Marburg und im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden zu Kontext und konkretem Ablauf der Gebietsreformplanungen und –verhandlungen musste ja jemand gefunden werden, der von außen auf die Quellen schaut, sie auswählt, bewertet und interpretiert, denn allzu subjektiv aus der ortsteilspezifischen Wahrnehmung wäre es in der internen Beurteilung gelaufen – aus den bisher vorliegenden, meist knappen Skizzen

zur Gebietsreform im Marburger Südkreis war deutlich erkennbar, wie konfliktträchtig die Vorstellungen und Planungen damals waren.

Nach Abschluss der Quellenauswertung konnte als Ergebnis des Projekts eine Ausstellung vorbereitet und umgesetzt werden, die 2012 im Rathaus der Gemeinde Weimar gezeigt wurde. Um die recherchierten Quellen für eine öffentliche Rezeption auch dauerhaft aufzubereiten, strebte der Geschichtsverein eine Dokumentation und Publikation der Ergebnisse an – nun liegt das Buch vor. Mit einem Vorwort von Bürgermeister Peter Eidam und einer Einführung in Buch und Schriftenreihe von Siegfried Becker sind der Abriss von Johannes Koenig zum Ablauf der Verhandlungen 1971 bis 1974 und ein umfangreicher Quellenanhang nachlesbar: die Auszüge aus den Protokollen der Gemeindeversammlungen, Resolutionen, Presseerklärungen, die Landtagsbeschlüsse und Entscheidungen des Innenministeriums zu Petitionen, Schreiben des Landrats, Beschlüsse der Gemeindevertretungen und Grenzänderungsverträge werden in den zeitgenössischen Dokumenten nachvollziehbar. Das Buch ist für 15 € bei der Gemeindeverwaltung erhältlich.

Meine Erinnerungen und Erlebnisse als Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung

von Hans Schneider

1. Unter Bürgermeister Wilhelm Gerlach (von 1966 bis 1969)

Im Jahr 1966 wurde ich zum ehrenamtlichen Kassenverwalter für die Gemeinde Niederweimar durch Bürgermeister Gerlach bestellt. Ich wurde gleich mit großen Aufgaben betraut. Die Besiedlung des Weinberges war angelaufen. Der Bebauungsplan Nr. 1 wies dort 58 Baugrundstücke aus. Die Baulandnachfrage war groß. Aus Niederweimar waren 52 Bewerber für ein Baugrundstück registriert. Die Baugrundstücke sollten vorrangig den Bewerbern aus Niederweimar zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeindevertretung legte einen Kaufpreis von 6 DM/qm fest, der später auf 7 DM erhöht wurde. Auch ein Pauschalbetrag (Vorausleistung) für Erschließung in Höhe von 12 DM/qm wurde beschlossen, der bei der Abrechnung angerechnet werden sollte (die Abrechnung erfolgte Anfang der 70er Jahre, wobei eine Rückzahlung von über einer DM/qm an die Anlieger vorzunehmen war). Mit einem Teil aus dem Erlös der Grundstücke (es handelte sich alles um Gemeindeland) und

den Vorausleistungen für die Erschließung sollten die Ausgaben für Kanal, Wasser und Straße finanziert werden.

Aber es kam vieles anders. Von den 52 Bewerbern aus Niederweimar blieben drei übrig, als es darum ging, Verträge abzuschließen. Eine wirtschaftliche Rezession bahnte sich in Deutschland an. In Bonn regierte die große Koalition. Kredite konnten nur zu sehr hohen Konditionen aufgenommen werden. Ich erinnere mich: In den Jahren 1967/68 erfolgte der Kanalbau in der alten Ortslage, der finanziert werden musste. Nur unter hohen finanziellen Verlusten konnte die Gemeinde einen Kredit hierfür aufnehmen. Der Auszahlungskurs lag bei 91%. Um die volle Summe für die Finanzierung des Kanalbaus erhalten zu können, musste ein Zwischenkredit (Disagio) von über 100.000 DM aufgenommen und verkraftet werden. Der damalige Bürgermeister wusste nicht mehr, wie es weiter gehen sollte. Aber dennoch beschloss die Gemeindevertretung den Bau eines Bürgerhauses, dem Bürgermeister Gerlach widersprach.



Die alte Schule in Niederweimar. Sie diente in der Zeit von 1966 bis 1998 als Verwaltungsgebäude. Das Haus könnte manches über die Entstehung der Großgemeinde Weimar erzählen.

Inzwischen fanden sich Bewerber von außerhalb für ein Baugrundstück am Weinberg. Bürgermeister Gerlach rief mich stets gleich an, wenn sich wieder ein Interessent gemeldet hatte. Daraus wird ersichtlich, wie bedrückend die Stimmung bei ihm hinsichtlich der großen anstehenden finanziellen Belastungen war. Mit dem Verkauf der Grundstücke an Interessenten von außerhalb machte die Bebauung des Berges Fortschritte.

Jetzt liefen auch die für die Erschließung benötigten Gelder. Zur dieser Zeit wurde auch mit den Bauarbeiten für den Kanal in der alten Ortslage begonnen, die von der Firma Brück im Jahr 1968 ausgeführt wurden. Nach meinen Erinnerungen beliefen sich die Baukosten auf ca. 1.8 Mill. DM. Der Abwasserverband Marburg, dem die Gemeinde beigetreten war, drängte auf den Ausbau des Kanals im Ort, weil die dortigen Kläranlagen bereits fertig gestellt waren und Gebühren fließen sollten. Die beiden großen Maßnahmen einschließlich der Veranlagung der Anlieger zu den Abwasserbeiträgen wurden durch uns zwei Ehrenbeamte, Bürgermeister Gerlach und mich als Kassenverwalter durchgezogen.

Anfang der 60er Jahre waren die ersten Informationen von der Landesregierung zu

hören: Die ehrenamtlich verwalteten Gemeinden mögen sich zusammenschließen, um hauptamtliche Verwaltungen aufzubauen. Die Gemeinden Wohra und Halsdorf waren die ersten Gemeinden im damaligen Landkreis Marburg, die einen Zusammenschluss freiwillig vollzogen.

In den Jahren 1966/67 wurde bekannt, dass der ehrenamtliche Bürgermeister Wilhelm Gerlach aus Altersgründen für eine Wiederwahl in der Legislaturperiode 1968-1972 nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Die Gemeinde Niederweimar hatte zu dieser Zeit ca. 1.250 Einwohner. In Anbetracht des näher rückenden Gesetzes zur Gebietsreform und des starken Zuwachses der Bevölkerung durch die Besiedlung des Weinberges, entschied sich die Gemeindevertretung von Niederweimar für die Einführung der Magistratsverfassung mit dem Ziel, einen hauptamtlichen Bürgermeister zu wählen. Die Bürgermeisterverfassung wurde hiermit abgelöst. Mit der genannten Einwohnerzahl von ca. 1.250 war die Einstellung eines hauptamtlichen Bürgermeisters möglich, obwohl die gesetzliche Verpflichtung für die Einführung der Magistratsverfassung erst bei einer Einwohnerzahl von 1.500 lag.



Im Bild von links: Konrad Schneider, Katharina Leinweber, Bürgermeister Wilhelm Gerlach mit seiner Gattin Dorothea, Martha Stieglitz (ihrer Tochter) und Christina Leinweber bei einer Feier der Familie Gerlach um das Jahr 1970.

Der ehrenamtliche Bürgermeister Gerlach musste sich also bis zum Auslauf seiner Amtsperiode auf die Magistratsverfassung umstellen, womit er, so habe ich meine Erinnerungen, nicht immer ganz einverstanden war. Konnte er doch bisher allein über Vorgänge entscheiden, die nun dem Gremium, also dem Gemeindevorstand oblagen.

Im Jahre 1968 entschied die Gemeindevertretung, die Stelle für einen hauptamtlichen Bürgermeister auszuschreiben. Es wurde ein Wahlausschuss gebildet, der nun die Ausschreibung veranlasste. Eines Tages kam Karl Krantz mit seinem Moped zu mir nach Hause in meine Wohnung und wollte mit mir seine Ambitionen zur Bewerbung als Bürgermeister besprechen. Wir kannten uns durch meine Besuche als Gemeinderechner bei der Kommunalaufsicht im Landratsamt, wo er als Angestellter arbeitete. Ich war erstaunt und konnte zunächst nicht glauben, dass er sich mit seinen erst 25 Jahren zum Bürgermeister bewerben wollte. Und so erkundigte er sich und wollte von mir Näheres erfahren. Ich gab ihm zu verstehen, dass nach meiner Sicht die Ausschreibung nur Makulatur sei, weil bereits aus der Mehrheitsfraktion Gerlach ein Bewerber feststand. Mit diesem Wissen verabschiedete sich Herr Krantz.

Am nächsten Morgen erzählte ich die Begebenheit unserm Bürgermeister Gerlach, der mich sofort anrührte in dem er sagte: *Doas wir dr beste Borjemeester für oise Gemee ien du hoast ihm sei Bewerbung ausgered Wäi kannst du so woas mache.* Ich hatte keine Ahnung von dem, was sich hinter den Kulissen der Fraktion von Gerlach abspielte. Herr Krantz berichtete mir später, dass Gerlach noch am selben Tag zu ihm in sein Büro gekommen sei und mit seinem erhobenen Gehstock gesagt habe: *Du bewirbst dich!* Bürgermeister Gerlach wollte den Bewerber aus seiner Mehrheitsfraktion nicht, weil dieser nicht in die Kirche ging, wie er mir später einmal sagte. Herr Gerlach besuchte jeden Sonntag den Gottesdienst.

Mir ist nicht mehr gegenwärtig, wie viele Personen sich für die Stelle des Bürgermeisters beworben hatten, ich glaube, es waren zwölf an der Zahl. Jedenfalls berief der Wahlausschuss fünf Bewerber in die engere Wahl, worunter der später gewählte Karl Krantz auch war.

Politische Parteien waren zu dieser Zeit im Parlament noch nicht vertreten. Es handelte sich um zwei freie Wählergruppen, die jedoch ihre politischen Ziele erkennen ließen.

Der Wahlausschuss zog fünf Bewerber in die engere Wahl, die sich der Gemeindevertretung in einer öffentlichen Sitzung, welche in einem Klassenraum der Schule stattfand, vorstellten. Der Klassenraum war gefüllt mit Zuhörern. Der Vortrag von Karl Krantz überzeugte nicht nur die Parlamentarier, sondern auch die große Mehrheit der Anwesenden. Sie sprachen sich hinterher in der Gastwirtschaft Kuhn (heute Weimarer Hof) eindeutig für Krantz aus. Es hieß: „Der Brillenträger hat das nötige Wissen und auch die Begabung für die bevorstehenden Gespräche und Verhandlungen, die im Zuge der Gebietsreform anstehen.“ Seine beruflichen Erfahrungen bei der Kommunalaufsicht fielen hier in die Waagschale.

Und so kam es denn auch. In der Gemeindevertretersitzung am 31. Januar 1969 wurde Karl Krantz in geheimer Wahl mit fünf zu vier Stimmen zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister für die Gemeinde Niederweimar gewählt. Er war zu dieser Zeit der jüngste hauptamtliche Bürgermeister in Hessen, so wurde gesagt. Krantz gehörte zu dieser Zeit noch keiner politischen Partei an.

2. Unter Bürgermeister Krantz von 1969 bis zu meinem Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis im Jahr 1998

Am 1.3.1969 trat Herr Krantz seinen Dienst als hauptamtlicher Bürgermeister von Niederweimar an. In der Verwaltung waren zu dieser Zeit beschäftigt: Der ehrenamtliche Kassenverwalter, also meine Person, und die stundenweise beschäftigte Schreibkraft Frau Gerlach. Als Gemeindearbeiter diente Erich Furchert.

Krantz hatte damals noch keinen Führerschein, und so musste ich ihn anfangs mit meinem DKW-Junior chauffieren. Auch Bürgermeister Brandt von Lohra habe ich zu seinen Bewerbungsgesprächen nach Lohra gefahren. Auch er besaß anfangs noch keine Fahrerlaubnis.

Krantz wusste nach seinem Amtsantritt gleich, wo er seinen Schwerpunkt ansetzen musste: nämlich Kontakte mit Nachbargemeinden bezüglich Verhandlungen für einen Zusammenschluss aufzunehmen. War es bei der Milchbank oder in einem Kuhstall, überall führte er Gespräche, die bald zu konkreten Ergebnissen bei den Gemeindevertretungen führten. Die Entscheidungen bei den „Nach-Gemeinden“ wurden dadurch beeinflusst, dass das Land Hessen Zuschüsse bei freiwilligen Vereinigungen für gewisse Vorgänge zusicher-

te. Die Verhandlungen mit den Gemeinden, den heutigen Ortsteilen, waren nicht einfach. Jede wollte möglichst viel herausholen und dies vertraglich absichern. Ich persönlich habe das alles als Schriftführer in den Gremien miterlebt. Es waren arbeitsintensive und sehr belastende Zeiten

Die Gemeinden Oberweimar und Allna schlossen sich Niederweimar zum 1. Februar 1971 an. Es entstand eine neue Gemeinde, die sich den Namen „Weimar“ gab. Rita Rohrbach als Auszubildende in Allna wurde von der neuen Gemeinde Weimar übernommen. Sie brachte ihre Ausbildung hier zum Abschluss. Auch ich als bis dahin ehrenamtlicher Kassenverwalter wurde zum 1. Januar 1970 in das Angestelltenverhältnis übernommen. Die Verwaltung setzte sich nun aus dem Bürgermeister, dem Kassenverwalter, der Auszubildenden und einer Schreibkraft für einige Stunden zusammen.

Wenngleich die Zusammenführungen der Gemeinden mit sehr hohen Arbeitsbelastungen verbunden waren, die Kassenbücher mussten getrennt bis zum Jahresende geführt werden, so gibt es auch Interessantes oder Erfreuliches zu berichten: Die Kassen- und Verwaltungsbücher von Allna wurden nach Niederweimar geholt. Unbemerkt hatte die Oma von Rita einen großen Eierpfannkuchen gebacken, zu dem wir eingeladen wurden. Auch die nötigen Flüssigkeiten fehlten nicht. Und so ging der Tag nicht ganz ohne „Beschwerden“ zu Ende.

Die Zeit rückte näher, dass die Freiwilligkeit für Zusammenschlüsse auslief. Und so schlossen sich nach ausgehandelten Verträgen die Gemeinden Argenstein, Roth, Wenkbach und Weiershausen der Gemeinde Weimar zum 1. Juli 1972 weiter an. Auch hier mussten die Kassengeschäfte für jede eingegangene Gemeinde bis zum Jahresende geführt und abgewickelt werden. Interessant wäre zu erwähnen, wie viel Barvermögen die einzelnen Gemeinden mitbrachten, das in ihrer Höhe sehr unterschiedlich ausfiel. Aber aus vertraulichen Gründen muss ich darauf verzichten.

Mit der Gemeinde Nesselbrunn war zur gleichen Zeit der Eingliederungsvertrag beschlossen worden. Dieser wurde jedoch vom Landrat nicht genehmigt mit der Begründung, dass zunächst die Verträge mit den vorgenannten Gemeinden von der Landesregierung genehmigt sein müssten. Nach meiner Einschätzung hätte der Landrat lieber gesehen, wenn

sich Nesselbrunn aus geographischer Sicht nach Gladenbach orientiert hätte. So kam Nesselbrunn erst mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Gebietsreform zum 1. Juli 1974 nach Weimar.

Nicht nur im Südkreis, sondern auch im gesamten Kreisgebiet hörte und las man in den Zeitungen von Gesprächen über Zusammenschlüsse in der Phase der Freiwilligkeit.

Die zugesagten Zuschüsse des Landes bei freiwilligen Zusammenschlüssen veranlassten viele Gemeinden zum Handeln.

Im Verwaltungsgebäude wurde es nun immer enger, obwohl die bis dahin vermieteten Räume in dem Haus jetzt alle für die Verwaltung zur Verfügung standen. An ein neues Verwaltungsgebäude war aber noch nicht zu denken. Das Ziel von Bürgermeisters Krantz war: Erst müssen alle Ortsteile mit den Abwasseranlagen versehen sein, bevor an weitere größere Maßnahmen zu denken ist. Die Mitarbeiter, deren Zahl sich stetig erhöht hatte, brachten Verständnis auf.

Durch die Nähe meiner Wohnung zur Verwaltung war ich „Mädchen für alles“. Die Ölöfen habe ich am Sonntagabend angezündet, die Fahnen an arbeitsfreien Tagen ausgehängt, und auch sonstige Erledigungen, die zwangsläufig durch die Zusammenschlüsse aufkamen, fielen mir zu. Nicht selten kamen Mitbewohner zu mir in unsere Wohnung, um dienstliche Angelegenheiten zu besprechen. Einmal suchte mich ein Bürger von Weimar im Feld auf, der vergessen hatte, seinen Personalausweis rechtzeitig vor seinem Urlaubsantritt bei der Verwaltung abzuholen. Ich habe meine Beschäftigung unterbrochen, um ihm das Dokument aus dem Sicherheitsschrank zu holen. Wo immer es möglich war, habe ich in den Anfangsjahren den Bürgern Hilfestellung geleistet.

In jener Zeit führten auch die ersten Kontakte zur elektronischen Datenverarbeitung. Die ersten Informationen über diese neuen technischen Einrichtungen wurden in einem Zweitageskurs in Emstal (heute Ahnatal) übermittelt. Mir ist nicht mehr gegenwärtig, wer hier der Organisator war. Jedenfalls ging dieser Verband mit der Schaffung der fünf hessischen Gebietsrechenzentren unter.

Die Gemeinde Weimar schloss sich mit dem Einwohnermeldeamt dem Rechenzentrum in Gießen an. Später kam die Finanzabteilung und Kasse, nach vorübergehenden eigenen Buchungsautomaten, dazu.



Informationsveranstaltung zur Datenverarbeitung in Emstal (heute Ahnatal) im Jahr 1971. Im Bild von links: Bürgermeister Karl Krantz, der noch amtierende Bürgermeister von Roth, Ludwig Wenz, und ich als Kassensverwalter von Niederweimar

Die neue Gemeinde Weimar verhandelte auch mit den Nachbardörfern Haddamshausen und Hermershausen im Zuge der Phase freiwilliger Zusammenschlüsse in den Jahren 1972/73.

Die Verhandlungen führten nicht zum Erfolg. Diese Gemeinden zogen es vor, sich der Stadt Marburg anzugliedern. Später hörte ich von Bekannten in den genannten Orten, dass sich einige Vertreter aus Niederweimar bei den Verhandlungsgesprächen nicht gerade angenehm benommen hätten.

In Hermershausen hatte der ehrenamtliche Bürgermeister das Amt niedergelegt. Ein neuer Bürgermeister wollte sich in Anbetracht der bevorstehenden Neugliederung der Gemeinden nicht mehr finden. Bürgermeister Krantz erhielt die Anweisung durch den Landrat, Hermershausen kommissarisch mitzuverwalten. Der Landrat ging davon aus, dass die vorgeannten Orte einmal zu Weimar gehören würden.

Ich erinnere mich, dass ich dort hin und wieder auch Sprechstunden abhalten musste, wenn Bürgermeister Krantz verhindert war. Das Bürgermeisterzimmer war nicht gerade ordentlich aufgeräumt. Akten lagen verstreut

auf dem Boden und Regale fehlten ebenso. Heute unvorstellbar.

Zum 1. Juli 1974 trat das Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden in Kraft. Die Gemeinden, die sich bisher nicht für einen Zusammenschluss entscheiden konnten, wurden nun vom Gesetzgeber hierzu gezwungen. Verträge mussten nicht mehr ausgehandelt werden. Eingegliedert in die Gemeinde Weimar wurden noch die Gemeinden: Niederwalgern, Wolfshausen, Kehna und Stedebach.

Im Jahr 1973 entschied sich die Gemeindevertretung für die Einstellung eines Büroleiters. Die Wahl fiel auf Adolf Leinbach, der zum 1. April 1973 seinen Dienst antrat. Nun folgte der Aufbau einer geordneten Verwaltung.

Mit dem Inkrafttreten der Gebietsreform wurde auch ein neues Haushaltsrecht eingeführt. Auch diese Umstellung führte bei den Mitarbeitern zu weiteren Belastungen. Aber es stellte sich schnell heraus, dass vieles einfacher und übersichtlicher werden würde. Das neue Haushaltssystem war ähnlich der doppelten Buchführung, wie sie im Handel und Gewerbe praktiziert wurde. Gewinne und Verluste bei den einzelnen Haushalten, besonders bei den

Gebührenhaushalten, wurden jetzt gegenüber gestellt. Ich fand das System gut.

Durch meine frühere Ausbildung in einem Handwerksberuf und der vollzogenen Meisterprüfung war ich hiermit vertraut und konnte mich schnell einarbeiten.

Wie eingangs erklärt, war es das Ziel von Bürgermeister Krantz, dass erst alle Ortsteile über eine geregelte Abwasserentsorgung verfügen müssen, bevor sonstige große Baumaßnahmen begonnen werden. Auch die in den Verträgen mit den Ortsteilen ausgehandelten Vorhaben mussten abgearbeitet werden. Hierzu zählten vorrangig Gemeinschaftshäuser und der Straßenbau. Das notwendig gewordene Verwaltungsgebäude musste weiter hinten anstehen.

Als Schriftführer im Gemeindevorstand, im Haupt- und Finanzausschuss, sowie in der Vertretung, sind mir die vielen Diskussionen und Beiträge von Mandatsträgern noch in Erinnerung. Auf manche Bemerkungen könnte ich eingehen, muss allerdings wegen Vertraulichkeit darauf verzichten.

Erst im Jahr 1996, als auch das Bürgerhaus in Roth seiner Fertigstellung entgegen ging, wurde der Neubau des Verwaltungsgebäudes im Haushaltsplan aufgenommen. An der Finanzierung hierzu habe ich noch mitgewirkt. Aber beim Einzug in das Gebäude im Herbst 1998 war ich bereits einige Monate im Ruhestand, genau so wie der Kollege Leinbach, der ebenso etwa zu gleicher Zeit aus dem Dienst ausschied.

Noch zu erwähnen ist die Mithilfe in der Partnergemeinde Wutha-Farnroda, die nach der deutschen Wiedervereinigung entstanden ist. Zusammen mit Uwe Sauer und Else Gerlach haben wir dort Anfang der 90er Jahre den Haushaltsplan nach dem Hessischen Haushaltsrecht aufgestellt sowie die Buchführung nach der Hessischen Gemeindekassenverordnung eingerichtet. Später gab sich Thüringen eigene Kommunalgesetze.

In meiner beruflichen Laufbahn, zunächst unter Bürgermeister Gerlach, aber fast 30 Jahre unter Bürgermeister Krantz, hat sich unsere Gemeinde wesentlich zum Positiven verändert. Die Infrastruktur ist, besonders im Ortsteil Niederweimar, dem städtischen Charakter gleichzustellen. Alle bewohnten Grundstücke in Weimar sind an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen, eine zentrale Wasserversorgung ist vorhanden, die Abfallentsorgung ist zufriedenstellend geregelt und Gemeinschaftseinrichtungen wurden nach den

örtlichen Belangen geschaffen. Auch der Straßenbau gehörte zu den vordringlichsten Aufgaben. Ich könnte noch Vieles aufzählen.

Auf besondere Vorgänge möchte ich wie folgt eingehen, die für die Gemeinde und somit für die Bewohner von Bedeutung sind:

1. Kanalbau Niederweimar; Einholung eines nachträglichen Landeszuschusses
2. Bebauungspläne; Vollzug in eigener Regie durch die Verwaltung
3. Abfallwirtschaft; Abstandnahme vom Abfallzweckverband Marburg Land.
4. Neues Verwaltungsgebäude

Zu 1. Die wirtschaftliche Rezession in Deutschland war wohl entscheidend dafür, dass Niederweimar als erste Gemeinde im Landkreis Marburg keine Landesbeihilfe für den Kanalbau im Jahr 1968 erhielt. Es wurde zugesichert, dass das Land bei Aufnahme eines Kredites die Finanzierung des Schuldendienstes übernehmen würde. Dem war nicht so, wie sich später herausstellte. Die eigene Finanzkraft wurde zu Grunde gelegt. Dementsprechend reduzierte sich der Zuschuss. Der Diplomatie von Bürgermeister Krantz ist es wohl zu verdanken, dass unsere Gemeinde eine nachträgliche Zuwendung des Landes von ca. einer dreiviertel Million DM erhielt (genaue Summe müsste aus den Belegen ermittelt werden).

Zu 2. Alle in meiner Dienstzeit erschlossenen Neubaugebiete, zunächst der Weinberg in Niederweimar durch Bürgermeister Gerlach und anschließend die in der Großgemeinde Weimar mit Bürgermeister Krantz, wurden in eigener Regie durchgezogen. Nachbargemeinden bedienten sich hier Siedlungsgesellschaften, welche die Erschließung vornahmen. Zwangsläufig verteuerten sich hierdurch auch die Baugrundstücke. Ich erinnere mich an Gespräche, die ich mit Grundstückseigentümern bezüglich Baulandumlegung/Landerwerb geführt habe, einmal sogar mit einem Ehepaar nach dem Gottesdienst in unserem Gartenhaus, und das Gespräch führte zum Erfolg.

Zu 3. Die Kommunen Stadtallendorf, Ebsdorfergrund und Weimar hatten sich zum Ziel gesetzt, einen Abfallzweckverband zu gründen. Man wollte erreichen, dass die Entsorgungskosten für die Gemeinden und somit für die Bürger gesenkt werden könnten, glaubte man.

Als die bestehenden Verträge bei den Kommunen mit den Abfuhrunternehmern Anfang der neunziger Jahre ausliefen, stand die Gründung des Verbandes an. Der Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Stadtallendorf, Herr

Pontow, der den neuen Verband leiten sollte, hatte einen Haushalts- und Stellenplan ausgearbeitet, den ich zur Sichtung erhielt.

Das „aufgeblähte“ Zahlenwerk machte mich stutzig und bewegte mich dazu, eine eigene Berechnung der Verwaltungs- und Betriebskosten aufzustellen. Bei Einbeziehung des Vorarbeiters des Bauhofes, Herrn Kalletsch, und Frau Piscator als Sachbearbeiterin in der Verwaltung wurde eine Personengebühr von rund 3,30 DM pro Jahr ermittelt. Diese lag nach der Aufstellung des evtl. Vorstandsvorstehers bei über 10 DM. In der errechneten Gebühr der Gemeinde waren bereits die Ausgaben für die Unterhaltung des Schredderplatzes, der Entsorgung des Bauschutts auf dem Bauhof und das Leeren der Abfallkörbe in den Straßen enthalten, die in den Berechnungen des evtl. Verbandes nicht eingerechnet sein konnten.

Dieses von mir aufgestellte Zahlenwerk wurde im Hause ignoriert. Ich erhielt nur den Hinweis: „Die Gemeindevertretung hat das so beschlossen“. Ich fand also kein Gehör für meine Aufstellung. Ich bedauerte das sehr.

Mit Genugtuung konnte ich erfahren, dass die Gemeindevertretung dem vorgelegten Haushaltsplan des evtl. neuen Verbandes nicht zugestimmt hatte, um erst eigene Berechnungen durchzuführen. Gemeindevertreter Lothar Potthof wurde hierzu berufen, wie er mir berichtete. Und so fand er in der Verwaltung unsere Berechnung, die ihm als Grundlage für die Gebührenkalkulation einer neuer Satzung dienlich war. Das nun entwickelte neue Gebührensystem wurde später von der Gemeinde Ebsdorfergrund und vielleicht in abgeänderter Form vom Abfallzweckverband Biedenkopf übernommen. Die Mitarbeiterin und spätere Leiterin des Verbandes, Frau Rizzonico, hielt ständig Kontakt mit unserer Gemeinde, um das Gebührensystem kennen zu lernen. Es hat sich bis heute bewährt. Ergebnis war, dass die Gemeinde Weimar der Gründung des Abfallzweckverbandes Marburg Land nicht zustimmte. Die Gemeinde Ebsdorfergrund schloss sich Weimar an. Somit war der Verband gestorben.

Zu 4. Nach langem Warten der Mitarbeiter in der Verwaltung wurde der Neubau des Verwaltungsgebäudes im Haushaltplan 1996 aufgenommen. Als Schriftführer im Gemeindevorstand im Finanzausschuss sind mir die vielen Gespräche und Diskussionsbeiträge noch gegenwärtig. An der Finanzgestaltung habe ich noch mitgewirkt. Es ist eine für die Mitarbeiter gelungene „Arbeitsstätte“ geworden, wenn

man zurückschaut auf die Arbeitsplatzverhältnisse im alten Gebäude. Bei der Einweihung im Herbst 1998 war ich bereits fünf Monate im Ruhestand.



Ausflug der Gemeindebediensteten im Jahr 1973. Hier beim Grillen in der Rhön

Im Jahr 1973 organisierten die Mitarbeiter der Gemeinde den ersten Betriebsausflug. Es war ein Ein-Tages-Ausflug, der uns nach dem Vorschlag der Mitarbeiterin Else Gerlach in die Rhön führte. Die noch wenigen Mitarbeiter in der Verwaltung und die ebenso noch wenigen Gemeindearbeiter sowie einige Ortsdiener füllten mit ihren Ehepartnern gerade einen Bus voll.



Bürgermeister Krantz übernahm die Organisation der Verpflegung. Er brachte seinen geschmiedeten Hängegrill mit und Frau Gerlach

das benötigte Dreiecksgestänge zum Aufhängen. Als ich dieses Gestell sah, ahnte ich, dass das nicht gut gehen würde, denn mir war das Gewicht des Grills bekannt. Ohne dass es andere bemerkten, hatte ich Säge, Axt und Bindedraht im Bus verstaut. An einem Grillplatz am Waldesrand wurde Brotzeit eingelegt. Bürgermeister Krantz stellte den Grill auf und belegte ihn mit den mitgebrachten Steaks. Noch nicht mal voll beladen, brach das Gestänge, wie geahnt, zusammen. Was nun? Bei einigen machte sich schon der Hunger be-

merkbar. Ich sagte: Es geht gleich weiter, ging zum Bus, holte mir meine mitgebrachten Werkzeuge und konnte damit im angrenzenden Wald drei kleine, dürre Bäumchen für ein neues Gestänge zimmern (auf dem Foto sichtbar). Alle waren natürlich überrascht über diese Idee von mir, und mit wenig Verspätung konnte das Grillen beginnen. Adam hatte seine Ziehharmonika dabei, und man verbrachte in fröhlicher Runde den Nachmittag. Der Abschluss fand in einer Gaststätte in Hilders statt.



Zu sehen sind von links: Heinrich Brusius, I. Beigo, Johann Brusius, Hans Schneider, Heinrich Hopp, Reinhard Kaletsch, Helmut Matthäi, Georg Badouin, Karl Krantz, Ludwig Wenz, Kurt Dörr und Kurt Seibel, Vors. der Gemeindevertretung; vordere Reihe von links sitzend: Wilhelm Muth, Helmut Kaufmann und Philipp Laucht

Ein Fußballspiel

Anfang der 70er Jahre kam ein Fußballspiel zwischen den Mitarbeitern der Firma Lahn-Waschkies und der Gemeinde zu Stande. Ich weiß nicht mehr, wer der Initiator hierzu war. Da es bisher nur wenige männliche Bedienstete in Verwaltung und Bauhof gab, sprangen Gemeindevertreter und weitere bekannte Sportler für die Mannschaft der Gemeinde mit ein. Das Gaudi endete mit einem gemütlichen Beisammensein in der Gastwirtschaft Koch.

Anmerkung

Die bis zur Gebietsreform ehrenamtlich geführten Verwaltungen in den Orten, hierzu zählte auch Niederweimar, sind mit dem heutigen Verwaltungsaufbau nicht vergleichbar. Das Personal in Niederweimar bestand: aus dem ehrenamtlichen Bürgermeister, dem ehrenamtlichen Kassenverwalter (früher Ge-

meinderechner), und einer Schreibkraft, die stundenweise beschäftigt war. Unser Ort besaß immerhin schon etwa 1.200 Einwohner, als ich zum Kassenverwalter bestellt wurde. Als Entschädigungsaufwand erhielt ich bei meinem Dienstanfang 610 DM/Monat. Das Dorf und auch unsere heutigen Ortsteile waren noch überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Hierdurch gab es gegenüber heute zusätzliche Verwaltungsaufgaben, die aber im Laufe der Jahre durch Einstellung der Landwirtschaft entfallen sind. Hierzu zählten: Vatertierhaltung für alle Nutztiere, Wiegeanlagen, Backordnung/Backhäuser, Hand- u. Spanndienste, gemeindeeigene Obstplantagen und sonstige Aufgaben, die eben mit Landwirtschaft oder der Eigenversorgung der Bevölkerung in Verbindung standen. Mit einfachem Verwaltungsaufwand wurden die genannten Vorgänge erle-

dig, ohne dass sich jemand darüber beklagte. Ich führe z.B. an: Die Jahressteuerbescheide wurden offen, ohne Briefumschlag, den Steuer- und Abgabepflichtigen durch den Ortsdiener zugestellt. Der Erhalt wurde auf einer Sammelliste quittiert. Dennoch hatte alles seine Ordnung, was die Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises bestätigten.

Ich kann mir heute nicht mehr vorstellen, dass der Verwaltungsbetrieb ohne die technischen Einrichtungen, wie z.B. Kopierer und Computer, mit dem wenigen ehrenamtlichen Personal damals durchgeführt werden konnte. Hiermit schließe ich meine Erinnerungen, obwohl ich noch manches aufzählen könnte.

Bücherschau

Johannes Koenig: *Verwaltungsreform in Hessen (1945-1981). Ziele – Strategien – Akteure.* (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 151) Darmstadt und Marburg 2006, 520 Seiten

Dr. Johannes Koenig, der mit dem neuen Band 3 der Reihe Historische Schriften der Gemeinde Weimar die Verhandlungen zur Gebietsreform aufgearbeitet hat, ist zum Thema bestens ausgewiesen: er hat 2006 an der Universität Siegen bei dem Historiker Prof. Dr. Jürgen Reulecke mit der Dissertation „Verwaltungsreform in Hessen (1945-1981)“ promoviert und seitdem weitere Aufsätze zur Gebiets- und Funktionalreform in Hessen publiziert. In seiner Promotionsarbeit hat er sich eingehend mit dem gescheiterten Projekt der Zusammenlegung von Gießen und Wetzlar zur Stadt Lahn befasst und war daher sensibilisiert für die Frage nach Konflikten, Interessen und Intentionen der Akteure auf kommunaler wie auf landespolitischer Ebene.

Doch zunächst hat Koenig sehr sorgfältig die Vorgeschichte der Gebietsreform recherchiert – kaum jemand weiß heute noch, dass sie nicht in den sechziger Jahren, sondern schon unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beginnt. 1947 wurde durch einen Kabinettsbeschluss die „Kabinettskommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform“ gegründet, die bald darauf nach ihrem Vorsitzenden nur noch „Brill-Kommission“ genannt wurde. Hermann Brill (1895-1951) war in der Weimarer Republik zunächst Mitglied der USPD, ab 1922 der SPD gewesen und hatte 1932 auch dem Reichstag angehört. Er überlebte das KZ Buchenwald. 1946 bis 1949 war er Chef der hessischen Staatskanzlei.

Mit den Vorbereitungen zur Gründung des Bundeslandes Hessen war eine Verwaltungsreform unumgänglich, mussten doch für die seit 1866 preußischen Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel (also die Gebiete des ehemaligen Herzogtums Nassau und des ehemaligen Kurfürstentums Hessen) sowie für den Volksstaat Hessen (das Gebiet des ehemaligen Großherzogtums Hessen-Darmstadt) einheitliche Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Statt der zunächst vorgesehenen beiden Bezirke Nordhessen und Südhessen wurden schließlich die Regierungspräsidien Darmstadt, Wiesbaden und Kassel geschaffen.

Koenig widmet sich der Arbeit der Brill-Kommission (1947/48), ihren Folgen bis 1953 und ihrer Bewertung. Erst 1964 wurde dann die Verwaltungsreform neu aufgelegt, die mit dem Großen Hessenplan 1965 und dem Dregger-Plan, ebenfalls 1965, erste programmatische Anstöße erfuhr. 1966/67 wurde dann eine Sachverständigenkommission für Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung in Hessen etabliert, die zunächst zum Gesetz über die Grenzen der Regierungsbezirke 1968 und schließlich zu weiteren komplementären Gesetzen und

Initiativen zur kommunalen Gebietsreform führte – mit diesen Gesetzen (HZD und KGRZ 1969, KGG 1969, Neufassung des FAG 1969) sowie mit der Modellplanung beschäftigt sich Koenig eingehend.

Im vierten Kapitel untersucht er die Hauptphase der Verwaltungsreform von 1969 bis 1974 – also jene Zeit, die auch auf kommunaler Ebene zu einschneidenden Strukturmaßnahmen führte und die Umsetzung der Gebietsreform brachte. Dabei hat er sowohl die Planungen unter der ersten Regierung von Albert Osswald (SPD), der nach dem Rücktritt von Georg August Zinn 1969 zum hessischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, als auch die Planungen der ersten sozial-liberalen Koalition, die Osswald nach der Landtagswahl 1970 eingehen musste, analysiert.

Im letzten großen Kapitel setzt sich Koenig dann mit Planung, Gründung und Auflösung der aus Gießen und Wetzlar gebildeten Stadt Lahn auseinander – gerade einmal zwei Jahre (von 1977 bis 1979) existierte sie, obwohl erste Überlegungen zu einer Zusammenführung schon 1963 begonnen hatten und mit den Anhörungsverfahren ab 1973 auch ein gewisser Vorlauf möglich war. Dieses gescheiterte Projekt machte deutlich, dass nicht alles, was am grünen Tisch entworfen wird, auch umsetzbar ist, und stärkte das Bewusstsein um die Notwendigkeit der Partizipation an politischen Entscheidungen. Koenig schließt seine Arbeit mit einer Bewertung der Reformen. Nicht nur für die lokalgeschichtliche Aufarbeitung der Gebietsreform ist diese Studie wichtig, sondern auch für die aktuell anstehenden kommunalpolitischen Reformprozesse. Gerade im Blick auf Protest und Akzeptanz wird die Relevanz der historischen Aufarbeitung für die Reflexion von partizipativen Modellen deutlich: Reformen für die Bürger auch mit den Bürgern zu entwickeln und umzusetzen.

Dass nicht nur Weimar eine Aufarbeitung der Gebietsreform in der Gemeinde angeregt hat, sondern auch in anderen Städten und Gemeinden ähnliche Projekte durchgeführt wurden, mag der Hinweis auf zwei weitere Titel verdeutlichen:

Petschke, Adolf: *Der Kreisstadtstreit im Vogelsbergkreis. Dokumentation über die Jahre 1972 bis 1976.* Mit einem Vorwort von Karl-August Helfenbein. (Lauterbacher Sammlungen 92) Lauterbach 2009, 144 Seiten.

Das Sonderheft zeichnet die Verwaltungsreform im Vogelsberg von den ersten Planungen der Brill-Kommission bis zum eskalierenden Streit zwischen Alsfeld und Lauterbach um den Sitz der Kreisverwaltung ab 1973 bis zu den Urteilen 1976 und der Revisionsbeschwerde detailliert nach.

Hannig, Eduard (Red.): *Vom Dorf zum Fuldaer Stadtteil.* (Dokumentationen zur Stadtgeschichte 28) Fulda 2008, 160 Seiten.

Zeitzeugen erinnern sich an die Gebietsreform

von Hans Schneider

Die von Herrn Dr. Koenig für die Ausstellung zur Entstehung der Gemeinde Weimar (Gebietsreform) zusammengestellten Dokumente bilden die Grundlage für die jetzt abgeschlossene Gemeindechronik. Hierzu wurden auch Zeitzeugen gehört, die in den Jahren 1969 bis 1974 politisch tätig waren. Die Gespräche wurden von mir im Laufe des Jahres 2013 durchgeführt und aufgezeichnet. Die Abschriften wurden den Zeitzeugen vorgelegt und von diesen im Entwurf genehmigt.

Johannes Grün, heute 85 Jahre alt, Gemeindevertreter in Roth bis 1972 und in den Folgejahren Mitglied im Ortsbeirat Roth. Von 1981 bis 1985 Gemeindevertreter und von 1981 bis 2001 Beigeordneter der Gemeinde Weimar.

Herr Grün: „In den Jahren 1967/68 lag die Gemeindeverwaltung von Roth im Argen. Das Verlegen der Kanalanlagen im alten Dorf in den Jahren 1967/68 hatte die Gemeinde Roth finanziell hoch belastet. Die Gemeinde hatte sich verschuldet. Dann trat ein Planungsfehler beim Kanalbau auf, und der Kanal musste tiefer gelegt werden. Diese zusätzlichen Kosten hat das Land getragen, soweit ich mich erinnern kann. Über Gemeindezusammenschlüsse wurde in der Gemeindevertretung und auch draußen bei der Bevölkerung gesprochen. Das Ziel von Roth ist gewesen, sich nach Niederwalgern zu orientieren. Bei vier Enthaltungen hat die Gemeindevertretung den Anschluss an Niederwalgern beschlossen. Dann ist eine Versammlung anberaumt worden, in der Bürgermeister Schneider und weitere Abgeordnete von Niederwalgern zugegen waren. Zur Frage, wie geht es nun weiter, wenn wir nach Niederwalgern kommen, haben die ‚Wälger‘ gesagt: ‚Erst kommt Niederwalgern dran und dann seid ihr an der Reihe‘. Dies war natürlich ein Punkt, womit wir nicht einverstanden waren. Tage später wurde wieder eine Versammlung einberufen, in der Bürgermeister Krantz und noch weitere Abgeordnete von Weimar (da bestand die Gemeinde Weimar schon aus drei Orten) anwesend waren. Als Bürgermeister Krantz gesprochen hatte, drehte sich das Meinungsbild bei den Rother Gemeindevertretern und auch bei der Bevölkerung. Zu den finanziellen Belastungen durch das Neubaugebiet ‚Am Heier‘ hat Krantz gesagt: ‚Das

kriegen wir schon hin‘. Da waren die Würfel gefallen. Der Beschluss zum Anschluss nach Niederwalgern wurde aufgehoben und man entschied sich einstimmig für Weimar“ (aufgenommen am 23. Januar 2013).

Adam Barth war in den Jahren 1968 bis 1970 Gemeindevertreter in Oberweimar, auch in den Jahren nach 1974, also nach dem Abschluss der Gebietsreform, noch in Vertretung oder im Vorstand der Gemeinde Weimar tätig.

Herr Barth: „Als mein Vater von seinem Ehrenamt als Gemeinderechner in Oberweimar im Frühjahr 1968 verabschiedet wurde, waren auch die Vorstandmitglieder der Bürgermeister- und Rechnervereinigung zugegen. Hier wurde über die bevorstehende Neugliederung der Gemeinden gesprochen. Die Herren vertraten die Auffassung, dass die westlich von Marburg gelegenen Gemeinden zu Marburg kommen werden. Hierzu zählten sie auch Oberweimar. Aber das waren nur Spekulationen. Nun stand die große Kanalbaumaßnahme in Oberweimar an. Man war der Meinung, dass wir uns jetzt für einen Zusammenschluss mit einer anderen Kommune entscheiden sollten. Für uns kam nur Niederweimar in Frage, da wir einmal von alters her enge Verbindungen haben, im Kirchspiel zusammengehören und Niederweimar schon von einer Hauptverwaltung geführt wurde. Die Gemeindevertretung hat dann den Zusammenschluss mit Niederweimar Ende 1970 einstimmig beschlossen. Zur gleichen Zeit liefen auch die Verhandlungen zwischen Niederweimar und Allna über ein Zusammengehen. Hier weiß ich, dass einige wenige von Allna sich lieber für Marburg entschieden hätten.“ Herr Barth legte dann den Bescheid der Landesregierung in Kopie vor, nach der der Zusammenschluss der Gemeinden Niederweimar, Oberweimar und Allna zur Gemeinde Weimar zum 1. Februar 1971 genehmigt wurde (aufgenommen am 29. Januar 2013).

Gerhard Happel, Wolfshausen, geb. 1934, war vom 20. Oktober 1968 bis 26. Oktober 1974 Gemeindevertreter im Gemeindeparlament Wolfshausen. In den Folgejahren war Herr Happel mit Unterbrechungen Gemeindevertreter, Vorsitzender der Gemeindevertretung und

Mitglied im Gemeindevorstand der Gemeinde Weimar bis zum Jahr 2006.

Herr Happel: „Wolfshausen trat zum 1. Juli 1974 der Gemeinde Weimar bei. Da bestand die Gemeinde Weimar bereits aus acht ehemaligen Gemeinden. In Wolfshausen gab es Bestrebungen hauptsächlich von den Neubürgern, sich für Cappel bzw. für Marburg zu entscheiden. Man stellte sich vor, eine Busverbindung zu bekommen, was für viele Pendler zum Vorteil gewesen wäre. Auch wiesen Befürworter darauf hin, dass Wolfshausen früher zum Kirchspiel Cappel gehörte. Dann wurde zu einer Versammlung in Niederwalgern von dem dortigen Bürgermeister Schneider eingeladen, an der Bürgermeister Weisbrod, Wolfshausen, und weitere Gemeinde-Vertreter sowie auch Bürgermeister Krantz und Vertreter von Weimar anwesend waren. Dort habe ich Herrn Krantz kennen gelernt. Als die beiden Bürgermeister gesprochen hatten, war für uns Wolfshäuser klar, dass wir nach Weimar gehen werden. Und so hat sich dann die Gemeindevertretung auch entschieden. In der Interimszeit vom 1. Juli 1974 bis zur Kommunalwahl im Herbst 1974 habe ich als Delegierter von Wolfshausen im Gemeindeparlament Weimar gesessen“. Folgend erklärte Herr Happel noch, dass nach der Kommunalwahl im Herbst 1974, nachdem die Gebietsreform abgeschlossen war, Bürgermeister Krantz zum Bürgermeister der neuen Gemeinde Weimar gewählt worden sei (aufgenommen am 30. Januar 2013).

Heinrich Laucht, geb.1929, war in der Zeit von 1964 bis 17. Februar 1971 Gemeindevertreter in Allna. Ab dem 7. April 1971 bis 26. Oktober 1974 war er Gemeindevertreter in Weimar, in den Folgejahren Mitglied im Ortsbeirat Allna.

Herr Laucht: „Bürgermeister Schneider, Allna, sprach mich an und fragte, ob ich bereit sei, an einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Herrn Drechsler, teilzunehmen. Ich sagte zu. Bürgermeister Schneider und ich sowie der ‚Schuhweber‘ (Herr Weber wohnte in Allna und führte ein Schuhgeschäft in Marburg), sind zu einem vereinbarten Termin von Herrn Drechsler freundlich empfangen worden. Dieser fragte: ‚Was habt ihr für Wünsche?‘. Bürgermeister Schneider hat aufgezählt, was in Allna in den nächsten Jahren durchgeführt werden muss. Herr Drechsler hat geantwortet: ‚Das sind ja keine Millionen, das geht in Ordnung‘. Herr Mönninger hat alles aufgeschrieben. Mit diesem

Ergebnis sind wir nach Hause gefahren“. Herr Laucht erzählte weiter: „Jetzt kamen Bürgermeister Krantz und der Beigeordnete Runzheimer von Weimar. Herr Runzheimer wurde in Allna geboren, war in Oberweimar verheiratet und dort Bürgermeister bis zum Zusammenschluss mit Niederweimar. Es folgten Gespräche mit politisch interessierten Mitbürgern ohne Bürgermeister Schneider. Hierzu gehörte Johann Lang und ich. Mir und auch den anderen wurde bei dem Gespräch klar, dass wir nach Niederweimar gehen sollten. Wir haben dann vor der eigentlichen Beschlussfassung in Allna intern alles klar gemacht, dass wir nach Niederweimar gehen. Bürgermeister Schneider zog ein Zusammengehen mit der Stadt Marburg vor und setzte alles daran, die Zustimmung für Niederweimar zu verhindern. Aber die Gemeindevertretung setzte sich durch und beschloss das Zusammengehen mit Niederweimar“ (aufgenommen am 8. März 2013).

Ludwig Agel, Weiershausen, geb. 1931, war von 1964 bis zum 16. Mai 1972 Beigeordneter in der dortigen Gemeinde. In den Folgejahren war Agel stellvertretender Ortsvorsteher, dann Ortsvorsteher. Von 1978 bis 1989 war er Gemeindevertreter von Weimar.

Herr Agel: „Über die bevorstehenden Gemeinde-Gebietsveränderungen wurde auch in Weiershausen Ende der sechziger Jahre gesprochen. Die Bevölkerung war darüber informiert, dass sich Weiershausen für einen Zusammenschluss mit einer anderen Kommune entscheiden muss.“ In einer Gemeindeversammlung habe Bürgermeister Peter Pfeiffer gefragt: „Was wollen wir machen und wo gehen wir hin“. Wenngleich verschiedene Meinungen aus der Versammlung zutage getreten seien, so habe die Versammlung entschieden, sich der Gemeinde Weimar anzuschließen. (Weimar bestand bereits seit ca. einem Jahr aus den Orten Niederweimar, Oberweimar und Allna). Es sei im Vertrag geregelt worden, welche Maßnahmen in Weiershausen in den nächsten Jahren durchzuführen sind. Den Inhalt dieses Vertrages kannte Herr Agel nicht mehr genau. „Sicherlich war es so, dass die Wünsche aufgenommen worden sind, die dann auch erfüllt wurden“ (aufgenommen am 8. März 2013).

Werner Grosch, Nesselbrunn, geb. 1929, sagte, dass es in Nesselbrunn auf Grund der Einwohnerzahl keine Gemeindevertretung gab. Die anstehenden Beschlüsse zur Verwaltung

der Gemeinde wurden in einer Gemeindeversammlung gefasst.

Herr Grosch: „In Nesselbrunn hat es keine großen Diskussionen über einen Beitritt zu einer anderen Kommune gegeben. Bürgermeister Johannes Merte hat sich mit Bürgermeister Krantz von Weimar dahingehend geeinigt, dass anstehende Maßnahmen in Nesselbrunn bei einem Zusammenschluss mit Weimar erledigt werden. Hierzu zählte auch die Fertigstellung des Dorfgemeinschaftshauses mit dem dazu gehörenden Feuerwehrgeräteaum. Die Versammlung hat sich mit 9 zu 2 Stimmen für Weimar entschieden.“ Herr Grosch konnte sich auf das Jahr der Beschlussfassung nicht mehr erinnern. Die Frage nach einem Anschluss für Gladenbach habe sich nicht gestellt. „Gladenbach wäre für uns besser gewesen. Das Kirchspiel ist nun auseinander gerissen“. Anmerkung H.Sch.: Die Entscheidung Nesselbrunn für einen Zusammenschluss mit der Gemeinde Weimar ist mit weiteren 4 Gemeinden in den Jahren 1971/72 gefallen. Die Zustimmung des Kreises und des Landes erhielt die Gemeinde Nesselbrunn aber erst zum 1. Juli 1974 mit der Inkraftsetzung der Neuordnung der Kommunen. Aus verschiedenen Recherchen ist zu entnehmen, dass Nesselbrunn aus geographischer Sicht Gladenbach zugeordnet werden sollte (aufgenommen am 15. März 2013).

Heinrich Schmidt, Wenkbach, geb. 1927, war in der Zeit von 1960 bis 1972 Gemeindevertreter in Wenkbach, von 1972 bis 1974 Gemeindevertreter und von 1974 bis 1985 Mitglied im Gemeindevorstand in Weimar.

Herr Schmidt: „Als die Gesamtschule in Niederwalgern gebaut werden sollte, wurde von Wenkbach der Vorschlag unterbreitet, diese zwischen unseren beiden Orten an der Landesstraße zu errichten. Dieser Vorschlag wurde von Niederwalgern zurück gewiesen. Dann hatte Wenkbach versucht, ein gemeinsames Gebäude für die Feuerwehr zwischen den beiden Orten zu bauen. Auch dieses Ansinnen wurde von Niederwalgern abgelehnt“. Schmidt glaubte zu wissen, dass es sich bei den Grundstücken um Wenkbacher Gelände gehandelt habe, und sich Niederwalgern deshalb so verhalten habe. „Hätte ein Einvernehmen bezüglich der Gesamtschule oder auch mit dem Feuerwehrgerätehaus hergestellt werden können, so wäre quasi der Zusammenschluss mit Niederwalgern schon dagewesen“. Herr Schmidt weiter: „In einer Versammlung in der alten Schule Wenkbach, an der auch Bürger-

meister Schneider und weitere Vertreter von Niederwalgern teilgenommen haben, hat man Bedingungen für einen Zusammenschluss gestellt“. Der Bürgermeister von Niederwalgern, Gerhard Schneider, habe gesagt: „Wenkbach wird sowieso nach Niederwalgern kommen und was dann zu machen ist, darüber entscheidet die Gemeindevertretung“. Die „Wälger“ hätten auf hohem Ross gesessen. „Wolfgang Stein (mehrmals Beigeordneter der Gemeinde Weimar) und ich sowie weitere Wenkbacher Bürger waren sich einig, dass wir hier nicht mitspielen können. Ein Zusammenschluss war unter diesen Bedingungen nicht möglich. Zwischenzeitlich wurden Gespräche mit Weimar geführt, die erfolgreich waren. Bürgermeister Krantz ist beweglicher gewesen. Die aufgeführten Wünsche von Wenkbach wurden akzeptiert, und so kam ein Vertragsabschluss zustande“ (aufgenommen am 8. März 2013).

Konrad Gilbert, geb. 1935, war Gemeindevertreter in Niederweimar vom 20. Oktober 1968 bis 21. Oktober 1972 und vom 1. April 1985 bis zum 31. März 1993 in der Gemeinde Weimar.

Herr Gilbert: „Meine Erinnerungen sind die, dass es in Niederweimar keine so großen Diskussionen über Gemeindezusammenschlüsse gegeben hat. Man ging wohl davon aus, dass Niederweimar selbständig bleiben wird. Verhandlungen, die mit Gemeinden geführt wurden, oblagen dem Bürgermeister und den Gemeindevorstandmitgliedern. Einmal bin ich als Gemeindevertreter mit in Niederwalgern gewesen. Große Erinnerungen an die dortigen Gespräche habe ich nicht mehr. Nur ist mir im Gedächtnis geblieben, dass sich Bürgermeister Schneider von Niederwalgern sehr unhöflich und unanständig gegenüber Bürgermeister Krantz von Weimar benommen hat. Schneider sah es scheinbar kommen, dass Niederwalgern nicht der Mittelpunkt der neuen Gemeinde werden würde. Bürgermeister Krantz ist sachlich geblieben, und er ist nicht auf die aggressiven Bemerkungen von Schneider eingegangen. Die ganze Angelegenheit hätte auch höflicher besprochen werden können“ (aufgenommen am 23. März 2013).

Wilhelm Muth, 82 Jahre alt, war in der Zeit vom 27. November 1964 bis 27. Februar 1972 Gemeindevertreter in der ehemaligen Gemeinde Niederweimar.

Herr Muth: „In meiner Amtszeit als Gemeindevertreter ging das mit den Zusammen-

schließen los. Bei den Gesprächen mit Allna und Oberweimar war ich nicht dabei. Gespräche mit Haddamshausen und Hermershausen habe ich miterlebt. In Hermershausen mussten wir uns, Helmut Kaufmann, Fritz Schlömer, Bürgermeister Krantz und ich, anhören, dass die Bauern aus Niederweimar früher Waldgrundstücke in Hermershausen und Allna gekauft haben, und jetzt will Weimar die gesamte Gemeinde Hermershausen haben. Da war uns sofort klar, dass weitere Gespräche nutzlos waren, denn Hermershausen und auch Haddamshausen hatten sich bereits für Marburg entschieden“. Muth weiter: „Niederwalgern war von Anfang an überheblich. Sie glaubten, sie hätten die Gesamtschule und würden auch die Gemeindeverwaltung erhalten. Deswegen gab es hier keine weiteren Gespräche“ (aufgenommen am 21. März 2013).

Wilhelm Zimmermann, Niederwalgern, Jahrgang 1934, war in den Jahren von 1965 bis 1968 und von 1972 bis 1974 Gemeindevertreter im Parlament von Niederwalgern.

Herr Zimmermann: „In den Jahren um 1965 hat Landrat Dr. Vilmar bei einem Besuch in Niederwalgern Bürgermeister Heinrich Heuser empfohlen, Niederwalgern sollte mit der Gemeinde Wenkbach Verhandlungen führen mit dem Ziel, einen Zusammenschluss herbei zu führen. Dabei hat er auf das Zusammengehen der Gemeinden Halsdorf und Wohra im Nordkreis Marburg verwiesen. Gleiches sollte auch im Südkreis Marburg geschehen. Damals liefen die Bestrebungen von Niederwalgern auch in diese Richtung. Der in den Jahren 1965/68 aufgestellte Flächennutzungsplan erfasste die Flächen Richtung Wenkbach. Ein Baugebiet sollte dort zwischen den beiden Orten entstehen. Dann wäre ein Zusammenschluss im weitesten Sinne schon dagewesen. Aber die damaligen Bürgermeister der beiden Orte hatten es mit einem Zusammenschluss nicht so eilig. Auch unter Bürgermeister Robert Donges stockten die Gespräche. Bürgermeister Gerhard Schneider ging davon aus, dass es im Südkreis nur eine Gemeinde geben werde, und Niederwalgern aus geografischer Sicht der Mittelpunkt sei und auch die Verwaltung bekommen würde. Bürgermeister Schneider stützte sich auf die politischen Bestrebungen und Empfehlungen der Landesregierung, welche die ‚Große Lösung im Südkreis‘ damals bevorzugte. Bei den Verhandlungen mit Nachbargemeinden ließ Schneider wohl erkennen,

dass es nur eine große Gemeinde geben werde und er auf keine Kompromisse eingehe.“ Aber der Bürgermeister habe die Zeichen der Zeit nicht richtig eingeschätzt. Bürgermeister Krantz von Weimar sei ihm zuvor gekommen, in dem er die Gemeinden Niederweimar, Oberweimar und Allna bereits zur Gemeinde Weimar vereint hatte. Das ergab eine Gemeinde mit zusammen über 2000 Einwohner, an der die „Große Lösung“ scheiterte. „Es entwickelte sich die Zweierlösung im Südkreis Marburg und die Gemeinden Weimar und Fronhausen stellten den Verwaltungssitz“ (aufgenommen am 16. Mai 2013). Anmerkung: Bürgermeister Heinrich Heuser war im Amt bis November 1966. Robert Donges war Bürgermeister vom 8. November 1966 bis 24. August 1969, und Gerhard Schneider war Bürgermeister vom 25. August 1969 bis zur gesetzlichen Eingliederung der Gemeinde Niederwalgern in die Gemeinde Weimar (Lahn) am 28. Juni 1974.

Ludwig Herrmann, Nesselbrunn, Jahrgang 1933, war in der Zeit vom 29. Mai 1963 bis 10. November 1972 gewählter Gemeindevertreter in der Gemeindeversammlung.

Herr Herrmann: „Mein Vater war Anfang der siebziger Jahre, als über die Gemeindegemeinschaften gesprochen wurde, Bürgermeister. In seiner Amtszeit wurde auch der Beschluss über das Zusammengehen mit der Gemeinde Weimar gefasst. Es gab keine großen Diskussionen, uns anderweitig zu entscheiden. Bürgermeister Krantz von der Gemeinde Weimar, diese bestand da schon aus mehreren Orten, ist hier gewesen und hat uns zugesagt, das Bürgerhaus mit Feuerwehraum fertig zu stellen, die Kanalisation zu verlegen, die Straßenbeleuchtung zu ergänzen und auch eine Buswartehalle aufzustellen. Die Versammlung hat beschlossen, sich der Gemeinde Weimar anzuschließen. Nach meinen Erinnerungen haben sich zwei Personen der Stimme enthalten. Wir haben mit der Entscheidung, nach Weimar zu gehen, gute Erfahrungen gemacht. Anmerken möchte ich, dass mein Vater unerwartet mit 71 Jahren am 13. September 1973 verstorben ist, und sein Stellvertreter, Herrmann Koch, die Bürgermeistergeschäfte bis zur Neuwahl weiter führte“ (aufgenommen am 20. August 2013).

Die letzte „Eingemeindung“ – ein kurioser Epilog zur Gebietsreform

von Siegfried Becker

Im Archiv der Gemeinde Weimar fanden sich, als 2012 die Ausstellung zur Gebietsreform vorbereitet wurde, auch ein paar Fotos, die ein Kuriosum dokumentieren: am 15. August 1976, also zwei Jahre nach der Gebietsreform, wurde scherzhaft die „Eingliederung“ des Allnaer Ortsteils „Dreihausen“ in die Gemeinde Weimar vollzogen. Fotos und Festprogramm lassen jedoch ahnen, dass dies nicht nur ein anekdotischer Akt der Lokalpolitik war, sondern vielleicht auch eine ironische Spiegelung der hessischen Gebietsreform 1974 beabsichtigt war. Immerhin war der Festakt kommunalpolitisch geschickt organisiert, denn neben Bürgermeister Karl Krantz war auch Landrat Siegfried Sorge anwesend, in dessen Person Kritik wie Akzeptanz der Gebiets- und Verwaltungsreform Gestalt gefunden hatten.

Denn die Gebietsreform selbst war auf Kreisebene noch von seinem Vorgänger, Landrat Vilmar, umgesetzt worden. Er hatte in einem Schreiben vom 14. März 1974 den Bürgermeistern in den Gemeinden des Landkreises mitgeteilt, dass das Gesetz über die Neugliederung der Landkreise Marburg und Biedenkopf und der Stadt Marburg am 6. März 1974 vom Landtag verabschiedet worden sei: *Es tritt am 1.7.1974 in Kraft. Die Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Um einen möglichst reibungslosen Übergang der Verwaltung auf die zukünftigen Großgemeinden zu gewährleisten, wurden die notwendigen vorbereitenden organisatorischen Fragen mit den Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden erörtert. Ich bitte die Herren Bürgermeister, diese Verfügung der Gemeindevertretung zur Kenntnisnahme vorzulegen und schon jetzt alle möglichen Vorbereitungen für den Übergang der Verwaltung auf die neuen Großgemeinden zu treffen, damit nach dem 1. Juli möglichst keine Schwierigkeiten entstehen.* [...] gez. Dr. Vilmar (Az.: 3k08/01, Gemeindearchiv Weimar, vgl. Koenig, Johannes: Die Entstehung der Gemeinde Weimar [1971-1974]. [Historische Schriften der Gemeinde Weimar 3] Weimar [Lahn] 2014, S. 129). Dr. Burghard Vilmar, 1933 in Kassel geboren, war als promovierter Jurist 1965 zur Kreisverwaltung nach Marburg

gekommen und 1966 mit der SPD-Mehrheit im Kreistag zum Landrat des Kreises Marburg gewählt worden. Nach der Gebietsreform 1974 blieb er kommissarisch bis zur Kommunalwahl 1975 als Landrat des neugeschaffenen Landkreises Marburg-Biedenkopf im Amt, während Dr. Siegfried Sorge, der bis 1974 Landrat des Kreises Biedenkopf gewesen war, kommissarisch das Amt des Kreisbeigeordneten übernahm.

In der Kommunalwahl im Januar 1975 verlor die SPD ihre Mehrheit im Kreistag. Die neue Mehrheit aus CDU und FWG wählte Vilmar ab, der nun zum Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel berufen wurde; er füllte dieses Amt bis zur Landtagswahl 1987 aus, in der die SPD ihre Mehrheit im Landtag verlor (vgl. Dittrich, Marcus: Bündeln & lenken. Das Regierungspräsidium Kassel zwischen Verwalten und Gestalten. Kassel 2008). 1975 wählte die CDU/FWG-Mehrheit im Kreistag Dr. Siegfried Sorge zum Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf; Sorge, ebenfalls promovierter Jurist, war selbst SPD-Mitglied gewesen, aber aus Protest gegen die Planungen zur hessischen Gebietsreform ausgetreten und zur Freien Wählergemeinschaft (FWG) gewechselt, deren Landesvorsitz er bald darauf übernahm. Mit dem Ausgang der Kommunalwahl 1975 war er daher nicht nur aufgrund seiner Verwaltungserfahrung als ehemaliger Landrat des Kreises Biedenkopf, sondern auch aus parteipolitischen Proporz für die neue Mehrheit im Kreistag wählbar. In seiner Amtszeit förderte Sorge gemeinsam mit dem damaligen Kreistagsvorsitzenden Walter Troeltsch (CDU) den Abschluss von europäischen Partnerschaften auf lokaler Ebene – dass dann nach dem Fall der Mauer 1989 zügig eine Partnerschaft der Gemeinde Weimar mit der thüringischen Gemeinde Wutha-Farnroda vorbereitet wurde, ist daher durchaus als späte Anknüpfung an diese Idee der Partnergemeinden zu sehen. Sorge sollte dann noch bis 1981 hauptamtlicher Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf bleiben.

1976 vertrat Sorge daher als amtierender Landrat den Kreis, als in Allna der letzte Akt der Eingemeindungen in die Großgemeinde

Weimar vollzogen wurde. Am 24. Juli ging eine Einladung an Bürgermeister Krantz in der Gemeindeverwaltung ein, die von den drei selbsternannten Ortsbeiräte[n] der Gemeinde Dreihausen/Allna Walter Mäurer, Gerhard Unkel und Gerhard Weber unterzeichnet war: *Sehr geehrter Herr Krantz, die „Groß“-Gemeinde Dreihausen/Allna will sich als letztes Glied vieler hessischer Gemeinden der „segensreichen“ Idee der hessischen Gebietsreform nicht länger verschließen. In einem Festakt soll die historische Eingliederung in die Gemeinde Allna/Weimar vollzogen werden. Am offenen Grillfeuer wollen wir anschließend*

„bürgernahen“ Kontakt pflegen. Die obengenannten Ortsbeiräte erlauben sich, Sie und Ihre Gattin sehr herzlich zum Sonntag, dem 15. August 1976, 17.00 Uhr, nach Dreihausen/Allna, Ortsmitte, einzuladen. Wir wären sehr traurig, wenn wir eine Absage von Ihnen erhielten.

Mäurer, Unkel und Weber waren die drei „Dreihäuser“ Einwohner von Allna; sie hatten sich zusammengetan und den Scherz ausgeheckt. Er wurde jedoch keineswegs ignoriert – Bürgermeister Krantz nahm die Einladung an und richtete auch einige Worte an die Festteilnehmer, wie es im Foto dokumentiert ist.



Dieses Bild ist ein wunderbarer Beleg, dass auch im Scherz meist das sprichwörtliche Körnchen Wahrheit mitschwingt, ja die scherzhafte Äußerung als ironische Spiegelung der Wirklichkeit gemeint sein kann. Dass hier Politik ironisch gespiegelt wurde, zeigen die Zitate rhetorischer Phrasen der zeitgenössischen Reformpolitik, also die Bezugnahme auf die „*segensreiche*“ Idee der hessischen Gebietsreform und den „*bürgernahen*“ Kontakt.

Dass nicht nur Bürgermeister Krantz, sondern auch Landrat Dr. Sorge (der im Foto vor dem Ortsschild – mit dem Rücken zum Fotografen – steht) der Einladung folgte, verlieh der Veranstaltung durchaus einen offiziellen

Anstrich und zeigt, dass in der bewegten Zeit der Gebietsreform tatsächlich viel Aufklärungs-, ja bürgernahe Überzeugungsarbeit geleistet werden musste, die von den politisch Verantwortlichen auch ernst genommen wurde (darauf geht ja oben auch Karl Krantz in seinen Erinnerungen an die Gebietsreform ein).

Auch das Fest in Allna ist vielleicht nicht nur der Unterhaltung wegen ernst genommen worden. Der Scherz, den die Veranstalter beabsichtigt hatten, begnügte sich vermutlich nicht mit der Spiegelung rhetorischer Phrasen, sondern mag auch Ausdruck des Protests gegen die Gebietsreform gewesen sein, obwohl ja gerade Allna schon 1971 den freiwilligen Zu-

sammenschluss mit Nieder- und Oberweimar gesucht und vollzogen hatte. Dem haben sich aber offenbar die drei „Dreihäuser“ nicht ganz widerspruchslos beugen wollen.

Mancher Zeitzeuge, manche Zeitzeugin wird sich auf einem der Fotos wiedererkennen (auch ich habe den einen und anderen identifizieren können, zumal nicht nur Allnaer Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Auswärtige, etwa aus Michelbach, darunter waren). Man-

cher unter ihnen wird, auch wenn dieser Nachmittag nun schon beinahe vierzig Jahre zurückliegt, noch vage oder konkretere Erinnerungen an die Veranstaltung haben, und es wäre interessant, diese Erinnerungen abzurufen. Wie aber lassen sich unabhängig davon die Fotos interpretieren, die ja zeitgenössische Quellen sind? Lassen sie sich als Stimmungsbilder der Zeit nach Abschluss der Gebietsreform lesen?



Immerhin ist auf dem ersten Foto eine Irritation erkennbar: die Seilschlinge am linken Bildrand. Wir können sie als Text und als Subtext der Veranstaltung lesen: der Text wäre, dass daran vielleicht eine Sektflasche angebunden war, mit der das Ortsschild eingeweiht wurde, wie es ja bei Schiffstauen oder Richtfesten üblich war. In der Plastikwanne, die im Bild links auf dem Boden steht, könnten weitere Sektflaschen zum Ausschchenken und Anstoßen gelegen haben.

Doch das Bild vermittelt auch einen Subtext, von dem wir freilich nicht wissen, ob er beabsichtigt oder unbeabsichtigt war: beim Betrachten des Fotos assoziieren wir mit der Seilschlinge, so, wie sie geknüpft ist, auch eine drastische Symbolik des Protests – so sehr uns solche Symbolik heute irritieren mag, so gängig war sie in der Artikulation der Bürgerini-

tiativen, die sich in der politisch bewegten Zeit der siebziger und achtziger Jahre formieren sollten, etwa gegen die Planungen des Kreises zu Mülldeponien im Dammer Wald oder im Feld zwischen Großseelheim und Schröck.

Ob es diesen Subtext der Veranstaltung wirklich gab, wissen wir nicht. Gerhard Weber, einer der selbsternannten „Ortsbeiräte“, steht auf dem ersten Foto neben dem Ortsschild; er war der „Schuhweber“, den Heinrich Laucht oben in seinen Erinnerungen an die Gebietsreform erwähnt. Ihm gehörte das Schuhgeschäft „ABC-Schuhe“ in der Marburger Wettergasse 29; er wohnte jedoch in Allna und war hier an der Meinungsbildung zur Gebietsreform aktiv beteiligt – so nahm er, wie Heinrich Laucht berichtet, auch an den ersten Gesprächen mit Oberbürgermeister Hanno Drechsler um die mögliche Eingemeindung

Allna nach Marburg teil. Er hält auf dem Foto einen Zettel in der Hand, den wir als Entwurf für seine Ansprache deuten dürfen – er wird sich also gewiss einige programmatische Sätze überlegt haben. Ihn selbst können wir leider nicht mehr befragen.

Dass solche Protestformen damals sehr häufig waren, hat Gisela Riescher in ihrer politikwissenschaftlichen Untersuchung zu den Reaktionen auf die Kommunalreform in Bayern aufzeigen können. Die oft mit radikaler Hartnäckigkeit geführte Verteidigung der lokalen politischen Gemeinwesen ließ sich keineswegs mit demokratischen Defiziten der Reform erklären und konnte auch nicht bloß demokratietheoretischen Folgeproblemen zugewiesen werden, wie es in der politikwissenschaftlichen Literatur bis dahin versucht wurde. Riescher konstatierte vielmehr die große Bedeutung psychischer Ortsbezogenheit und den kommunalen Raum als Ort sozialer wie individueller Identitätsfindung, der von den politischen Instanzen mit Umsicht und Weit-sicht berücksichtigt werden müsse (Riescher, Gisela: Gemeinde als Heimat. Die politisch-anthropologische Dimension lokaler Politik. München 1988).

In die neuen „Großgemeinden“ waren bis dahin selbständige Dörfer eingemeindet worden, freilich ohne zu homogenen Einheiten zusammenzuwachsen – im Gegenteil: mit den Großgemeinden entstanden auch fraktionierte Kommunen, und die kleineren Einheiten rückten zusammen.

Das wird auch in unserem Beispiel deutlich. „Dreihausen“ war ja keine selbständige Gemeinde, ja nicht einmal ein offizieller Ortsteil von Allna (so sehr es das offiziöse „Orts-schild“ auch suggerierte), es zeigt die bis dahin aufrecht erhaltene Identität als besonderer, weil abgelegener Siedlungsbezirk. Nun beugte es sich „freiwillig“ der Gebietsreform – aber es schloss sich nicht der „Großgemeinde“ Weimar an, sondern (wie der Einladungstext ja ausdrücklich sagt) der *Gemeinde Allna/Weimar*. Auch das war eine ironische Brechung der Gebietsreform.

Dreihausen nannte sich das alte, vom Ortskern Allna etwas abseits gelegene Siedlungsgebiet „Vor dem Berg“, also am Westhang des Anzenkopfes, wo schon 1815 Jost Geßner (Schäferjusts) und 1890 Johann Klingelhöfer (Schäferhanse) kleine Anwesen erbaut hatten (vgl. Die Zeit in Allna 807-2010. Beiträge zur Ortsgeschichte. Weimar/Lahn 2010, S. 306f.;

darin auch ein Foto des noch heute erhaltenen Ortschilds „Allna Landkreis Marburg O.T. Zweihäuser“).

Wie wir auf dem zweiten Foto, das Landrat Sorge bei seiner Ansprache zeigt, erkennen können, war auch „Dreihausen“ als Ortsteil (O.T.) von Allna deklariert (während Allna selbst auf seinem offiziellen Ortsschild damals wie alle Ortsteile unter „Weimar“ firmierte – hier in „Dreihausen“ war die Gemeinde Allna also wenigstens fiktiv noch erhalten geblieben).

Dieses Ortsschild wurde nun eingeweiht, wie das der Einladung angehängte Festprogramm verrät: die *Festfolge* begann um 17.00 Uhr (*Beginn der Veranstaltung*), um 17.15 Uhr war die *Begrüßung durch Herrn Ortsbeirat Unkel* vorgesehen, um 17.30 Uhr ein *Offizieller Festakt mit Einweihung der Ortstafel durch die Herren Ortsbeiräte Mäurer und Weber*, ab 18.00 Uhr folgte dann *Grillen im Freien mit gemütlichem Zusammensein auf dem Festplatz*. Als *Garderobe* wurde *legere Freizeitkleidung* empfohlen.

Dass nach der Einweihung des Ortsschilds ein Fest geplant war und anschließend, wie das dritte Foto belegt, auch in gutgelaunter Atmosphäre durchgeführt wurde, steht keineswegs im Widerspruch zur These der Protestartikulation. Feste sind schon immer, von der Obrigkeit misstrauisch beäugt, Anlässe der Bekundung zivilen Ungehorsams gewesen (vgl. Feste in Hessen, hrsg. von Andreas C. Bimmer und Heidemarie Gruppe-Kelpanides [Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung, NF 4] Gießen 1977), und sie sollten nun im Nachgang zur Gebietsreform auch Foren einer Formierung lokaler Identität werden, in der sich eine bewusste und offene Abgrenzung gegenüber den Hauptgemeinden manifestierte.

Diese Ortsteilfeste und Straßenfeste als gesteigerte Binnenaktivitäten, oft ausgerichtet von örtlichen Vereinen als Trägern der Identitätsbildung und -tradierung in den Ortsteilen, und vor allem die Teilnahme an den überregionalen Wettbewerben „Unser Dorf soll schöner werden“ trugen nicht selten Züge einer ostentativen Demonstration kommunalen Eigensinns (vgl. Bimmer, Andreas C.: Neue Aufgaben der volkskundlichen Regionalforschung in Hessen im Anschluß an Raumplanung und Gebietsreform. In: Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 30, 1987).



In Allna blieb diese ostentative Formierung lokaler Identität sicherlich begrenzt auf die Motivation der drei „Dreihäuser“, deren „freiwillige Angliederung“ an die „Gemeinde Allna“ dem innerkommunalen Frieden ihres „Ortsteils“ nicht dauerhaft nützte. Im Ortsteil Allna selbst hat kommunale Identität durchaus funktioniert und Früchte getragen. Die Allnaer Bevölkerung versteht es noch immer zu feiern,

das hat sie nicht zuletzt mit dem großen Ortsjubiläum 2007 unter Beweis gestellt. Und Allna hat es geschafft, eine gehaltvolle und repräsentative Chronik der Lokalgeschichte zu erstellen, die gemeinsam erarbeitet wurde, damit auch integrativ wirken und die Identifikation mit dem Ort fördern konnte. Auch darin setzt das Heimatbuch Strategien der lokalen Identitätsbildung nach 1974 fort.

Bücherschau

Bücher zur Gebietsreform. In den letzten Jahren sind nicht nur einige lokalgeschichtliche Titel zur Verwaltungs- und Gemeindegebietsreform der siebziger Jahre, sondern auch einige sehr fundierte wissenschaftliche Untersuchungen dazu, aber auch zu aktuellen Aufgaben der Kommunalisierung und Regionalisierung erschienen.

Daher ist es angezeigt, im Rahmen des Sonderheftes „40 Jahre Gemeinde Weimar“ auf diese Studien hinzuweisen. Sie können für die Interpretation der Quellen mit herangezogen werden, wenn mit dem jetzt erschienenen Band 3 der Weimarer Reihe weitergearbeitet wird, in dem Johannes Koenig die Entstehung der Großgemeinde 1971 bis 1974 beschrieben und einen umfangreichen Quellenanhang beigefügt hat.

Dicke, Jan Nikolas: *Vergeblicher Protest? Kommunale Aktions- und Interaktionsmuster von Politik, Verwaltung und Bürgern in den 1960er und 1970er Jahren, dargestellt am Beispiel der Gebietsreform im neuen Kreis Borken.* Diss. Münster/Westf. 2011, 564 Seiten.

Mecking, Sabine: *Bürgerwille und Gebietsreform. Demokratieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965-2000.* (Studien

zur Zeitgeschichte 85) München 2012, 531 Seiten; die Arbeit wurde 2009 an der Universität Düsseldorf als Habilitationsschrift angenommen.

Reuber, Paul: *Raumbezogene politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen.* (Erdkundliches Wissen 131) Stuttgart 1999, 370 Seiten; die Arbeit wurde 1998 an der Universität Heidelberg als Habilitationsschrift angenommen.

Mecking, Sabine (Hrsg.): *Zwischen Effizienz und Legitimität. Kommunale Gebiets- und Funktionalreformen in der Bundesrepublik Deutschland in historischer und aktueller Perspektive.* (Forschungen zur Regionalgeschichte 62) Paderborn 2009, 323 Seiten.

Hamann, Philipp: *Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven.* (Münchner juristische Beiträge 55) München 2005, 285 Seiten; die rechtswissenschaftliche Arbeit wurde 2005 an der Universität Augsburg als Dissertation angenommen.

Bogumil, Jörg, und Sabine Kuhlmann (Hrsg.): *Kommunale Aufgabenwahrnehmung im Wandel. Kommunalisierung, Regionalisierung und Territorialreform in Deutschland und Europa.* Wiesbaden 2010, 354 Seiten.

Erinnerungen an Wutha-Farnroda

von Hans Schneider

Die Wende, der Fall der Mauer!
Aufbau einer neuen Verwaltung!
Im Nachhinein gesehen, ist die deutsche Wiedervereinigung schneller gekommen, als man noch Anfang der 1980er Jahre geglaubt hatte. Die klugen, weitsichtigen, politischen Entscheidungen des damals amtierenden russischen Präsidenten Gorbatschow waren die Quellen und die Voraussetzungen für die friedliche Revolution, an deren Ende die Deutsche Wiedervereinigung stand. Mit den Forderungen Glasnost und Perestroika, Transparenz und Umgestaltung, leitete er eine neue Politik für Europa und die Welt ein.

Der Verfall der DDR kam schneller als jemals erwartet wurde. Es waren rührende Stunden und Tage, als plötzlich über Nacht am 9. November 1989 die über 28 Jahre alte Trennungsmauer durch Berlin und durch den unüberwindbaren Zaun durch ganz Deutschland durchbrochen wurde und die Menschen von hüben und drüben sich in die Arme fielen. Die offizielle feierliche Vereinigung der deutschen Einheit fand am 3. Oktober 1990 statt. Dieser Tag wurde zum gesetzlichen Feiertag in der Bundesrepublik.



Besiegelung der Partnerschaft, Wutha 15. März 1991. Die beiden Bürgermeister Krantz von Weimar und Kranz von Wutha-Farnroda tauschen in gemütlichem Beisammensein die Urkunden aus.

Mit dem Verschwinden der Mauer änderte sich für die Menschen in der DDR so allerlei. Es bestanden „drüben“ ganz andere Verwaltungsstrukturen. Ein Neuanfang nach demokratischen Grundsätzen wurde notwendig. Die DDR hatte sich nach dem Umsturz als souveräner demokratischer Staat entwickelt. Eine Partnerschaft zwischen den Gemeinden Wu-

tha-Farnroda in Thüringen und der Gemeinde Weimar in Hessen, wurde am 15. März 1991 feierlich eingegangen. Zuvor wurden schon Kontakte zwischen den beiden Feuerwehren von Wutha und Weimar gepflegt, die auf Anregung des damaligen Landrates, Herrn Dr. Kliem, zustande gekommen waren. Aus diesen ersten Kontakten der beiden Wehren schlossen

sich Freundschaften, die dazu führten, dass die Gemeinde Weimar der dortigen Feuerwehr ein in Hessen ausgemustertes und noch in gutem Zustand befindliches gebrauchtes Feuerwehrfahrzeug als Geschenk am 24. November 1990

übergeben hat. Auch Verbindungen mit anderen Vereinen entstanden, die noch heute bestehen.



Feierliche Übergabe des gebrauchten Feuerwehrautos von Weimar an die Freiwillige Feuerwehr in Wutha am 24. November 1990 durch Gemeindebrandinspektor Wolfgang Seibel an die dortigen Feuerwehrkameraden.

Aus Presse und Rundfunk konnte man sehen und hören, dass Hilfen von westlichen Behörden zum Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen benötigt werden.

Und so kam es, dass eines Tages Bürgermeister Krantz zu mir in mein Büro kam und sagte: „Hans, jetzt kannst du die Koffer packen, denn die Partnergemeinde Wutha-

Farnroda braucht Hilfe beim Aufbau der Finanzverwaltung“. Inzwischen hatte es auch dort einen Zusammenschluss mit der Gemeinde Farnroda gegeben. Ich konnte nicht lange überlegen und konzentrierte mich darauf, wie ich diese Aufgabe bewerkstelligen sollte, welche Unterlagen ich mir besorgen musste und woher ich sie schnellstens bekommen konnte.

Die bei uns bis in die 1970er Jahre verwendete Hand-Durchschreibebuchführung kam mir in den Sinn. Hier wollte ich ansetzen. Mit Computer, die bei uns Einzug gehalten hatten und auch noch in den Anfängen standen, konnte ich in der Partnergemeinde noch nichts anfangen. Ich bezog mich also auf die alte Durchschreibe-Buchführung, und so suchte ich im eigenen Haus nach noch vorhandenem Buchungsmaterial, Karteikarten, Vordrucke und andere Utensilien. Auch schaltete ich das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises ein und bat um Ratschläge und um Zustimmung meines Vorgehens. Hier erhielt ich Unterstützung und auch die Empfehlung, unser Hessisches Haushalts- und Kassenrecht anzuwenden. In Thüringen war die Kommunale Gesetzgebung erst im Aufbau.

Kassenverwalter Uwe Sauer und ich fuhren nach vorheriger Terminierung nach „drüben“. Dort wurden wir von Bürgermeister Kranz (nicht mit unserem Bürgermeister Krantz zu verwechseln) und den Mitarbeitern in dem Verwaltungsgebäude von Farnroda herzlich empfangen. Was wir mitbrachten an demokratischen Grundsätzen und Regeln war für sie Neuland. Frau Wettich und Frau Dans, beide für die Finanzabteilung und Gemeindekasse in Wutha-Farnroda zuständig, sowie weitere Mitarbeiter saßen um uns herum und hörten uns zu. Wir begannen mit der Aufstellung eines Haushaltsplanes. Ein Haushalts-Leerexemplar hatten wir mitgebracht. Die Bedeutung der Einzelpläne, der Gruppierungen und des Gliederungssystems hatten die Mitarbeiter schnell verstanden.

Bürgermeister Kranz legte uns eine Liste mit von der Gemeindevertretung beschlossenen Vorhaben vor, die wir in den Haushaltsplan einstellen sollten.

Für die Festsetzung der Grundsteuern waren die von den Finanzämtern 1935 herausgegebenen Grundsteuermessbescheide für ganz Deutschland noch vorhanden, wurden aber in der DDR nicht angewandt, so jedenfalls nach meinen Erinnerungen. (In der Bundesrepublik wurde im Jahr 1964 eine neue Bewertung des Grundvermögens vorgenommen, die zum 1. Juli 1974 in Kraft trat.). Wir griffen also auf die von 1935 erlassenen Grundsteuermessbescheide zurück, und die Gemeinde konnte danach die Grundsteuer berechnen und festsetzen.

Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich oder sonstigen Zuwendungen vom Land oder Kreis gab es zur Zeit unseres Daseins noch

nicht. Auch bestimmte Umlagen waren noch nicht zu entrichten. Dafür flossen ausreichend Gelder aus dem Fonds „Deutsche Einheit“, mit denen die laufenden Verpflichtungen getätigt werden konnten. Überschüssige Zuwendungen legte die Partnergemeinde zinsgünstig an. Für geplante größere Baumaßnahmen fehlte noch das Planungsrecht, obwohl vereinfachte Genehmigungsverfahren für die neuen Bundesländer von der Bundesregierung beschlossen worden waren.

Eines Tages rief mich die dortige Leiterin der Finanzabteilung an und fragte: „Herr Schneider, wir haben so hohe Zinseinnahmen von angelegten Geldern aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ erhalten, und ich weiß nicht, wohin ich diese verbuchen soll“. Ich sagte: „In diese Situation ist die Gemeinde Weimar noch nie gekommen. Verbuchen sie diese Einnahmen im Einzelplan 9 unter der Haushaltsstelle „Sonstige Einnahmen“.

Zurück zum Haushaltsplan. Die Gemeindevertretung hatte eine Aufzählung von durchzuführenden Vorhaben beschlossen, die in den Haushaltsplan eingestellt werden sollten. Ganz oben auf der Liste stand der Neubau eines Kinderspielplatzes.

Ich machte Bürgermeister Kranz darauf aufmerksam, dass zunächst die Pflichtaufgaben einer Gemeinde Vorrang haben. Dazu zählen: Ordentlich ausgebaute Straßen, eine funktionierende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, eine angemessene Straßenbeleuchtung und vieles mehr. Aber der Bürgermeister bestand darauf, dass alles das eingeplant wird, was die Gemeindevertretung beschlossen hat. Und so mussten wir handeln. Letztlich kam es dazu, dass die Gemeinde Weimar als Partnergemeinde den Kinderspielplatz mit einer Spende von 30.000 DM im Jahr 1991 als Geschenk größtenteils finanzierte.

Nach unseren Einweisungen haben die dortigen Mitarbeiter ihre Finanzverwaltung aufgebaut. Wir blieben anfangs in stetigem in Kontakt. Auch der Büroleiter von Weimar, Herr Leinbach, stand mit seinem dortigen Kollegen, Herrn Kehl, in Kontakten.

Zum Mittagessen hatte uns Bürgermeister Kranz Kartoffelpuffer mit Apfelmus besorgt, das von einer Kantine geliefert worden war.

Es war Abend geworden und wir suchten nach einer Übernachtung. Alle drei Gastwirtschaften hatten montags geschlossen. Für uns seltsam, denn eine solche Situation kannten wir nicht. Mir ist nicht mehr bekannt, wer uns dann zu dem Haus einer Familie führte, wo wir

beide, Uwe Sauer und ich, in deren „Datscha“ übernachten konnten. Wir fragten nach, wo wir zu Abend essen könnten. Die nette Frau erklärte, dass sie für uns das Morgenfrühstück eingekauft habe, aber nicht informiert wäre, auch für das Abendbrot zuständig zu sein. Wir bekamen dann das Frühstück, was für den kommenden Tag vorgesehen war, als Abendessen.

Die liebe Gastgeberin hat uns dann doch ein Frühstück am nächsten Morgen anbieten können. Mein weißer BMW war über Nacht durch die Asche der Braunkohlenheizungen kaum noch zu erkennen. Bei weiteren Besuchen war dann unsere Mitarbeiterin in der Finanzabteilung, Frau Gerlach, dabei.

Nach ca. zwei Jahren ist die Verwaltung der Partnergemeinde in ein anderes Verwaltungsgebäude umgezogen, das in dem Ortsteil Wutha steht.

Es handelt sich hierbei um das ehemalige Herrenhaus der Familie eines früheren großen weltweit bekannten Maschinenbauunternehmens Petkus. Das Unternehmen stellte schon in den 1930er Jahren Getreidereinigungs- und Sortier-Maschinen her. Eine dieser Maschinen stand schon vor dem Krieg bis in die 1950er Jahre in unserem hiesigen Raiffeisenlager.



Rathaus der Gemeinde Wutha-Farnroda. Es war das Herrenhaus des ehemaligen Unternehmers der weltweit bekannten Firma „Petkus“. Das Rathaus wurde durch einen Neubau nebenan erweitert.

Ich musste bei meinen späteren Besuchen dort feststellen, dass die Partnergemeinde mit ihrer Verwaltung und Ausstattung in ihrem neuen Gebäude der Ausstattung unserer Verwaltung in dem alten Rathaus voraus war. Das änderte sich erst mit dem Bau des neuen Rathauses in Weimar, das Ende 1998 bezogen wurde. Aber zu dieser Zeit war ich bereits vier Monate im Ruhestand. Die Verbindung mit den dortigen Kolleginnen und Kollegen besteht noch heute.

Heute ist die Partnergemeinde mit ihren Ortsteilen in ihrem Erscheinungsbild unserer Gemeinde gleich, ja vielleicht durch die vielen angesiedelten Klein- und Gewerbebetriebe etwas voraus. Bestehende Vereine beiderseits pflegen Partnerschaften. Als Verwalter des Gemeindearchivs von Weimar hielt ich es heute, als 78-Jähriger, für angebracht, diese meine Erinnerungen aufzuzeichnen und sie so für spätere Zeiten festzuhalten.



Das neue Rathaus in Weimar (Lahn) entstand in den Jahren 1997/98 und wurde im Herbst 1998 eingeweiht.

**Einsendungen von Beiträgen und Materialien für die „Heimatwelt“ werden erbeten
an die Redaktion:**

**Gemeindearchiv, Alte Bahnhofstraße 31, 35096 Weimar (Lahn)
Hans Schneider, Niederweimar, Zur Kirche 2, 35096 Weimar (Lahn)**